

Er verwies auf den beträchtlichen Positionswechsel gegenüber der früheren britischen Regierung, der darin liege, daß er bereit sei, den früher verlangten Vorbehalt des Rückzugs des britischen Elements im Fall des nationalen Notstandes aufzugeben.<sup>18</sup> Er hoffe, die dauernde Bindung des britischen Elements ohne Rückzugsrecht durchsetzen zu können, müsse aber hierzu noch die endgültige britische Entscheidung vorbehalten.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

335

### Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker

I A 5-82.00/94.09/1448/64 geheim

15. November 1964<sup>1</sup>

Aufzeichnung über die Besprechung mit dem britischen Außenminister Gordon Walker im Auswärtigen Amt am 15. November 1964 von 12.15 bis 13.15 Uhr

(Liste der Teilnehmer siehe Anlage)<sup>2</sup>

Nach Abschluß der vorausgegangen Besprechung über das Thema „Multilaterale Atomstreitmacht“<sup>3</sup> fragte Außenminister *Gordon Walker*, ob etwas zu einer eventuell beabsichtigten neuen Initiative in der Deutschlandfrage zu sagen sei.

Bundesminister *Schröder* dankte für die Erklärung der britischen Regierung zum Zeiss-Prozeß.<sup>4</sup> Diese Erklärung sei sehr wertvoll zur internationalen Illu-

<sup>18</sup> In Abschnitt 8 des Nassau-Abkommens vom 21. Dezember 1962 war hinsichtlich der Beteiligung Großbritanniens an einer multilateralen Atomstreitmacht festgelegt, daß die mit amerikanischen Polaris-Raketen ausgerüsteten britischen Kontingente nur unter dem Vorbehalt eingebracht würden, daß sie zurückgezogen werden könnten, falls „höchste nationale Interessen auf dem Spiele“ stünden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1963, D 32.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Plehwe am 16. November 1964 gefertigt und mit Begleitvermerk an Staatssekretär Carstens geleitet. Hat Carstens am 18. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte. Hat Schröder am 18. November 1964 vorgelegen.

<sup>2</sup> Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundesminister Schröder, Staatssekretär Carstens, Staatssekretär Lahr, Botschafter von Etzdorf, Vortragender Legationsrat I. Klasse von Plehwe, Vortragender Legationsrat Weber; auf britischer Seite: Außenminister Gordon Walker, Staatssekretär Caccia, Botschafter Roberts, Referatsleiter Ledwidge.

<sup>3</sup> Vgl. Dok. 334.

<sup>4</sup> Die Carl-Zeiss-Stiftung, Jena, machte der Firma Zeiss, Heidenheim, und ihren britischen Vertriebsunternehmen vor einem Gericht in London die Berechtigung zur Führung des Markennamens streitig. Am 6. November 1964 ließ der britische Außenminister auf eine gerichtliche Anfrage erklären, daß im Gebiet der DDR die Regierungsgewalt unverändert von der UdSSR ausgeübt und die Bundesregierung als einzige legitime Regierung in Deutschland anerkannt werde. Mit Aufzeichnung vom 13. November 1964 konstatierte Ministerialdirektor Thierfelder, dadurch

strierung des deutschen Standpunktes. Im übrigen könnte über die Deutschlandfrage zweckmäßigerweise am 14.12.1964 in Paris<sup>5</sup> und auch schon am 11.12.1964 bei der erneuten Begegnung in London<sup>6</sup> gesprochen werden. Vor diesen beiden Daten werde im übrigen auch mit der amerikanischen Regierung über die Deutschlandfrage gesprochen werden.<sup>7</sup> Wir brauchten Hilfe, damit der Wille des Westens zur Regelung der Deutschlandfrage zum Ausdruck kommt. Hierzu würde man vielleicht bei den Besprechungen in London am 11.12.1964 ein paar Formulierungen finden können.

Außenminister *Gordon Walker* regte an, daß deutscherseits hierfür zu den Besprechungen am 11.12.1964 Anregungen (preliminary suggestions) vorbereitet werden.

Bundesminister *Schröder*: Der Ausdruck „Initiative“ ist wahrscheinlich nicht recht am Platze. Was not tut, sind Bekräftigungen, weil man keine Erosionen durch Zeitablauf zulassen darf. Es soll also am 11.12.1964 darüber gesprochen werden.

Außenminister *Gordon Walker* schlägt vor, angesichts der am 16.11.1964 beginnenden WEU-Tagung<sup>8</sup> über Europa-Probleme zu sprechen.

Bundesminister *Schröder* gab eine längere Erklärung über die derzeitige Ansicht der Bundesregierung zu diesem Problemkreis ab: In der EWG sind wir vor eine spannungsreiche Periode gestellt, weil Freunde auf die Regelung des Getreidepreises dringen. Der Mansholt-Plan<sup>9</sup> liegt auf dem Tisch. Es ist die Frage, wann er realisiert werden kann. Für uns stellt sich das innenpolitische Problem, auch innerhalb der Koalition<sup>10</sup>, wann und zu welchen Bedingungen wir den Getreidepreis herabsetzen können. Jede deutsche Partei ist bemüht, das Wohlbefinden der Landwirtschaft nicht zu gefährden. Anders als früher legt auch die SPD hierauf jetzt großen Wert. Es besteht Hoffnung, daß es der Regierung gelingen wird, annehmbare Vorschläge zu machen.

Wir verbinden aber damit das Ziel, in Brüssel zweierlei zu erreichen,

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1309*

habe sich Gordon Walker „mit einer Eindeutigkeit, wie sie schon lange nicht mehr zu verzeichnen gewesen ist, zu den rechtlichen Grundlagen der gemeinsamen deutsch-alliierten Deutschlandpolitik bekannt“, und schlug vor, ihm anläßlich seines Besuchs in Bonn zu danken. Vgl. Referat V 1, Bd. 767. Zur Stellungnahme des britischen Außenministers vgl. auch den Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 7. Dezember 1964; Referat I A 5, Bd. 268.

<sup>5</sup> Zur Besprechung des Bundesministers Schröder mit den Außenministern der Drei Mächte vgl. Dok. 387.

<sup>6</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister am 11. Dezember 1964 in Dorneywood vgl. Dok. 381.

<sup>7</sup> Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem amerikanischen Außenminister Rusk am 23. November 1964 in Washington vgl. Dok. 353.

<sup>8</sup> Zur Tagung des WEU-Ministerrats am 16./17. November 1964 in Bonn vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, Z 258. Vgl. dazu auch den Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 23. November 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 39; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>9</sup> Zum Vorschlag der EWG-Kommission vom 4. November 1963 betreffend die Verwirklichung eines gemeinsamen Getreidepreises („Mansholt-Plan“) sowie zu den ergänzenden Vorschlägen vom 12. Mai 1964 („revidierter Mansholt-Plan“) vgl. Dok. 272, Anm. 12.

<sup>10</sup> Zur Haltung der FDP in der Frage eines gemeinsamen Getreidepreises der EWG-Staaten vgl. Dok. 329, Anm. 3.

- a) die Entwicklung der Kennedy-Runde zu verbessern und zu stabilisieren,
- b) die inneren Fortschritte der Gemeinschaft (vor allen Dingen den Zollabbau) zu fördern und auch Fortschritte hinsichtlich der ergriffenen politischen Initiativen zu machen.

Zu den Kontakten innerhalb der WEU<sup>11</sup> ist folgendes zu sagen: Die regelmäßigen Zusammenkünfte wurden seinerzeit als ein Kompromiß vereinbart. Die Franzosen waren immer zurückhaltend, haben sich dann aber doch diesen regelmäßigen Zusammenkünften nicht entziehen können. Die Zusammenkünfte haben den Vorteil, daß man sich an sie gewöhnt. Auch wir sind nicht helllauf begeistert von dem Verlauf aller bisher stattgehabter Zusammenkünfte. Aber sie sollten jedoch von allen Seiten als eine Demonstration des guten Willens gewertet werden. Man sollte ferner hoffen, daß die Franzosen in Zukunft auch kooperativer werden. Man muß sich bemühen, im Rahmen des Möglichen Verbesserungen zu erzielen, jedoch dürfte es schwierig sein, derartige Verbesserungen zu forcieren.

Es ist gut und wichtig, daß es gelungen ist, an einem Tage der Zusammenkünfte die Kommission hinzuzuziehen.<sup>12</sup> Die Kommission stellt ein Gremium dar, welches die Verpflichtung in sich fühlt, zu Fortschritten zu verhelfen und zu koordinieren. Es sollte also dieser Gewöhnungsprozeß fortgesetzt werden. Dies ist das einzige Band zwischen Großbritannien und den Sechsen, und es erscheint unerheblich, ob alle Teilnehmer diese Kontakte gleich hoch bewerten. Wir müssen versuchen, den französischen Partner zu vermehrter Mitarbeit zu gewinnen. Dies müssen wir allein schon aufgrund des deutsch-französischen Vertrages<sup>13</sup> tun.

Es ist uns bekannt, daß die britische Regierung mit den Ergebnissen der Zusammenkünfte unzufrieden ist. Man sollte aber die Zusammenkünfte doch nicht als zwecklos bezeichnen und etwa durch zweiseitige Gespräche zu ersetzen versuchen. Es wird ja wohl der Tag kommen, da die britische Politik zu den Europafragen plastischer formuliert werden wird. Bis dahin gilt es, die Kontakte beizubehalten.

Außenminister *Gordon Walker* führte hierzu aus, daß das britische Interesse in erster Linie der Stärkung der atlantischen Gemeinschaft und dem Erfolg der Kennedy-Runde gelte. Mit Rücksicht auf das Commonwealth, die EFTA und die gesamte Öffentlichkeit sei es in ihrer Lage schwer, jetzt Erklärungen zur Europapolitik abzugeben.

Staatssekretär *Lahr* schilderte die in der vergangenen Nacht in Brüssel erzielte Einigung über die Ausnahmelisten zur Kennedy-Runde, welche nun-

<sup>11</sup> Zur Vereinbarung regelmäßiger Kontakte zwischen den EWG-Staaten und Großbritannien im Rahmen der WEU vgl. Dok. 12, Anm. 15.

Zu den Überlegungen für eine Intensivierung der politischen Konsultation vgl. Dok. 277.

<sup>12</sup> Gemäß dem auf der Tagung des EWG-Ministerrats vom 10./11. Juli 1963 verabschiedeten Vorschlag regelmäßiger Kontakte zwischen den Mitgliedstaaten der EWG und Großbritannien im Rahmen der WEU wurde zu den Konsultationen über wirtschaftliche Fragen auch die EWG-Kommission eingeladen.

<sup>13</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

mehr am 16.11.1964 hinterlegt werden.<sup>14</sup> Die Kommission hätte erfreulicherweise vernünftige Ausnahmelisten vorgeschlagen, welche noch als kleine Listen angesehen werden können, wenn sie auch nicht so klein sind, wie wir es wollten. Es sei möglich, daß das Einlenken der Franzosen auf die Sorge zurückging, die Bundesregierung würde bei der Regelung des Getreidepreises weiterhin sehr stark zögern, wenn die Franzosen in der Frage der Ausnahmeliste hart bleiben würden. Nunmehr sei hinsichtlich der Ausnahmelisten bei 19% abgeschlossen worden, was einen Kompromiß bedeutet, der recht nahe an der deutschen Vorstellung (15%) liegt. Diese 19% werden sicherlich ziemlich nahe an der amerikanischen Liste liegen, über die Einzelheiten nicht bekannt seien.<sup>15</sup>

Außenminister *Gordon Walker*: Die Amerikaner haben eine sehr gute Liste!

Staatssekretär *Lahr*: Es besteht nun volle Aussicht, daß die Kennedy-Runde zu einem guten Erfolg kommt. Es verbleibt das Problem der Landwirtschaft.

Bundesminister *Schröder*: Über dieses Problem hat Bundeskanzler Erhard inzwischen mit der deutschen Landwirtschaft, insbesondere Herrn Rehwinkel, gesprochen.<sup>16</sup> Weitere Gespräche werden folgen. Ein gewisser Kompromiß bahnt sich an. Das Auswärtige Amt sieht diese Angelegenheit nicht mehr so schwarz an. Auch die deutschen Bauern möchten nicht gern diejenigen sein, die das Scheitern der europäischen Objekte auf sich zu nehmen haben. Zudem gibt es da wahrscheinlich gewisse Ausgleichsmöglichkeiten.

Außenminister *Gordon Walker*: Dies sind gute Neuigkeiten, die optimistisch für die Kennedy-Runde stimmen. Trotzdem bereitet die gesamte französische Haltung zu den landwirtschaftlichen Problemen weiterhin Sorge.

Staatssekretär *Lahr*: Die Franzosen sind wie wir der Ansicht, daß über industrielle Zölle in der Kennedy-Runde nicht verhandelt werden kann, wenn nicht auch über landwirtschaftliche Zölle verhandelt wird. Nur unterscheiden sich die Franzosen dabei durch eine restriktive Haltung nach außen. Wir sind mit dem Problem bisher im allgemeinen gut fertig geworden, indem wir einerseits unsere Landwirtschaft genügend geschützt haben und trotzdem erhebliche landwirtschaftliche Einfuhren gehabt haben. Für die Gemeinschaft kann ein Kompromiß erhofft werden, der auch Bestehendes einigermaßen erhält.

Außenminister *Gordon Walker* ging zu einer Kritik an den Kontakten innerhalb der WEU über. Hier seien keinerlei Fortschritte gemacht worden. Man könne sogar von einem völligen Versagen bei der politischen Konsultation sprechen. Die Zusammenkünfte hätten nur einen allzu formalen Austausch von Ansichten ergeben. Es ist zuzugeben, daß diese Zusammenkünfte das erwähnte einzige Band zwischen Großbritannien und den Sechsen bilden; aber wenn diese Kontakte nicht besser würden, dann schadeten sie mehr als sie

<sup>14</sup> Zur Verabschiedung der gemeinsamen Ausnahmeliste der EWG für die Kennedy-Runde vgl. Dok. 273, Anm. 22. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Harkort, Brüssel (EWG/EAG), vom 16. November 1964; Referat III A 2, Bd. 290.

<sup>15</sup> Die von den USA am 16. November 1964 hinterlegte Ausnahmeliste umfaßte, gemessen am Einfuhrvolumen des Jahres 1961, 8,2% der zu verzollenden Industrie-Importe. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Pauls vom 27. November 1964; Referat III A 2, Bd. 290.

<sup>16</sup> Zum Gespräch vom 13. November 1964 vgl. Dok. 318, Anm. 7.

nützten. Dann sei es besser, zu zweit oder zu dritt zu verhandeln, wobei man dann wenigstens zur Sache reden könnte.

Im übrigen sei freimütig zu sagen, daß es bei den deutschen Vorschlägen für die politische Einigung Europas<sup>17</sup> für die britische Seite enttäuschend sei, daß sie von den Beratungen hierzu ausgeschlossen sei. Das bereite Sorge, und diese Sorge werde noch dadurch erhöht, daß es in der WEU so schlecht um die Kontakte bestellt sei. Die britische Seite wolle nicht weiterhin ungenügend in der WEU orientiert werden wie bisher. Es wären dann Informationen vorzuziehen, die man aus Gesprächen zu zweit oder zu dritt erhalten könnte.

Bei der bevorstehenden Tagung des WEU-Ministerrates sollte der britische Handelsminister Jay am zweiten Tage die britische Delegation führen.<sup>18</sup> Es stände wohl jeder Regierung frei, Kabinettsminister mit dieser Aufgabe zu betrauen. Es gebe hierfür keine feststehende Regel. Jede Regierung müsse selbst entscheiden können, wer für sie spricht. Zudem sei es gelegentlich sehr ratsam, einen Fachmann hiermit zu beauftragen.

Bundesminister *Schröder*: Es ist nicht zu verstehen, warum – unter Beibehaltung genügender Beteiligung der Außenministerien – nicht Fachmänner teilnehmen sollten.

Staatssekretär *Carstens* erklärte kurz, wie bisher der Antrag der britischen Regierung, Minister Jay zuzulassen, behandelt und verlaufen sei.

Außenminister *Gordon Walker*: Wir müssen darauf bestehen, daß Minister Jay am zweiten Tage die britische Delegation leiten kann.<sup>19</sup>

Bundesminister *Schröder*: Einwände hiergegen erscheinen etwas lächerlich. Es muß gewiß auf Formen geachtet werden, aber die Hauptsache bleibt die Substanz.

Zurückkommend auf die Europagespräche in der WEU: Es ist nochmals festzustellen, daß es immer unser Wunsch war und bleibt, Großbritannien als Mitglied in der EWG und einer politischen Union zu sehen. Aber in der Zwischenzeit hat sich nun viel bürokratische Substanz in der EWG angesammelt. Es ergibt sich die Frage, wie man diese Substanz jetzt um die anderen Themen (Außenpolitik, Verteidigung, Kultur) erweitern kann. So beginnen diese Unterhaltungen über die politische Union zunächst von innen und müssen aus diesem Kreise heraus erst etwas realisieren.

<sup>17</sup> Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. Dok. 311.

<sup>18</sup> In einer Aufzeichnung des Ministerialdirigenten Voigt vom 14. November 1964 wurde dazu ausgeführt: „Von britischer Seite war angeregt worden, daß am zweiten Tag der WEU-Ratstagung der Direktor des Board of Trade, Minister Jay, zu dem zweiten Punkt der Tagesordnung (britische Importrestriktionen) als Sprecher der britischen Delegation auftritt. Wir haben dieses Ersuchen als einen einmaligen Ausnahmefall – vorbehaltlich der Zustimmung der anderen Delegationen – befürwortet. Die anderen Delegationen, auch die französische, äußerten keine Bedenken. Heute vormittag nun teilte der britische Gesandte Melville mit, daß von britischer Seite beabsichtigt sei, Minister Jay für den ganzen zweiten Tag als Leiter der britischen Delegation auftreten zu lassen und daß Minister Padley bereits am Abend des ersten Tages zusammen mit dem britischen Außenminister nach London zurückkehren werde.“ Vgl. Referat I A 1, Bd. 513.

<sup>19</sup> Großbritannien wurde an dem der Erörterung von Wirtschaftsfragen gewidmeten zweiten Sitzungstag des WEU-Ministerrats am 17. November 1964 durch Handelsminister Jay vertreten. Vgl. dazu den Runderlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 23. November 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 39; B 150, Aktenkopien 1964.

Die Mitgliedschaften in der EWG und der politischen Union müssen nach unserer Ansicht nicht übereinstimmen. Aber man darf das Schwergewicht, die Macht des Faktischen bei dieser Entwicklung nicht verkennen. Daraus muß man den Schluß ziehen, daß die Informationsgespräche mit der britischen Seite immer etwas schwierig sein werden, solange nicht die britische Europapolitik klarer erkennbar ist. Wir können die britische Seite über jeden Satz unterrichten, der im übrigen auch in den meisten Fällen in den Zeitungen zu lesen ist. Jedoch vom Gewicht und vom Faktischen her sind Schwierigkeiten dadurch aufgebaut, daß die Verhandlungen mit Großbritannien bisher gescheitert sind und keine britische Europainitiative in Sicht ist. Unter diesem Handicap werden die Gespräche in der WEU immer leiden. Nur unser guter Wille bleibt unverändert. Offen bleibt die Frage nach dem Grundriß der britischen Politik.

Es wäre einerseits gut zu verstehen, wenn die britische Seite jetzt sagen würde, die Zusammenkünfte in der WEU sollten nur alle sechs Monate stattfinden. Aber das wäre wahrscheinlich nicht glücklich. Die Europapolitik geht jetzt durch eine wichtige Phase. Es wäre daher sicherlich nützlicher, wenn man sich häufiger sprechen würde. Die Entscheidung hierfür liegt auf britischer Seite. So unbefriedigend die derzeitigen Verhältnisse in dieser Beziehung sein mögen, so ist es doch besser durchzuhalten, als nichts zu tun.

Außenminister *Gordon Walker* wiederholte Bedauern und Sorge, daß Großbritannien nicht von Anfang an an den Diskussionen über die politische Einigung Europas teilnehmen kann. Es sei nicht angenehm, zu den WEU-Zusammenkünften zu kommen, wenn dort keine nützliche Aussprache stattfindet. Das sei dann vielmehr eine Belastung (a strain).

Bundesminister *Schröder*: Wenn man auch diese Gefühle verstehen kann, so sind die Gespräche in der WEU doch nicht ganz so negativ zu beurteilen. „Wenn Sie erst das Gremium und die einzelnen Personen bei den Kontaktgesprächen in der WEU kennengelernt haben werden, werden Sie vielleicht etwas anders darüber denken.“

Wenn die Franzosen es wollten, dann könnten die Kontakte in der WEU viel erbringen, auch auf politischem Gebiet. Für die Franzosen bestehen dabei aber Schwierigkeiten, weil sie auf dem Standpunkt stehen, es hätte keinen Zweck, eine politische Form zu haben, solange nicht eine Einigung über die Substanz erfolgt ist. Unsererseits werden diese französischen Vorstellungen von der Substanz nicht geteilt, vor allen Dingen, weil Frankreich eine andere Verteidigungspolitik vertritt, die sich insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses zu den USA unterscheidet.<sup>20</sup>

Welchen Platz nun Großbritannien dabei einnehmen soll, ist von den Franzosen nicht ausgesprochen. Somit bleibt die Verteidigungspolitik der Mittelpunkt und auch ein entscheidendes Hindernis für alle anderen Randgespräche. Es ist daher zuzugeben, daß wir um diese wichtige Frage herumspielen und dabei versuchen, in diesen oder anderen Fragen Fortschritte zu machen. Es wird erhebliche Auseinandersetzungen um die MLF geben. Es ist zu hoffen, daß die Franzosen in irgendeiner Weise mitmachen werden. Natürlich

<sup>20</sup> Zur französischen Verteidigungspolitik vgl. zuletzt Dok. 318.

bleibt es fraglich, ob General de Gaulle dies tut. Dabei spielt sein Charakter eine große Rolle. Er hat seine Ansichten bisher nie geändert. Unsere Öffentlichkeit hat von den wirklichen Schwierigkeiten keine Ahnung. Aus Rücksicht auf Frankreich haben wir unsere Schwierigkeiten niemals offen herausgestellt. Daraus ergeben sich unsere Begrenzungen, Schwierigkeiten und Hoffnungen. Wir lassen von der MLF nicht ab. Täten wir dieses, dann würden nämlich auch die anderen Verteidigungsprobleme nicht gelöst.

Staatssekretär *Carstens*: Es gab doch aber immerhin nützliche Gespräche in der WEU über andere Themen, z.B. über Lateinamerika, die Politik der Sowjetunion usw. Zudem ist dieses das einzige Band zwischen Großbritannien und der Sechser-Gemeinschaft.

Außenminister *Gordon Walker* will abwarten, welchen persönlichen Eindruck er bei den Tagungen der WEU erhält. Es gäbe aber eine Kontinuität im Foreign Office, und man dürfe nicht übersehen, daß sein Vorgänger, Außenminister Butler, bereits dieselben unguten Gefühle gegenüber den WEU-Zusammenkünften gehabt habe.<sup>21</sup>

Bundesminister *Schröder* betonte nochmals den Wert der Zusammenkünfte in der WEU für das Übergangsstadium. Eine ungeheuere wichtige Rolle wird die Stellung der neuen britischen Regierung gegenüber Europa spielen. Es wird unendlich viel darauf ankommen, welche Erklärung sie darüber abgibt, ob sie Initiative ausstrahlen wird. Hier geht bisher jedermann davon aus, daß die Haltung der neuen britischen Regierung gegenüber Europa zurückhaltender sein würde, als die der vorangegangenen Regierung. Man nimmt an, daß die Politik der neuen Regierung mehr in andere Richtungen gehen wird. Man hört immer wieder die Vorwürfe, warum in Europa auf England gewartet würde, das sich ja gar nicht zu diesem Europa hinwenden wolle.

Außenminister *Gordon Walker*: Großbritannien habe eine Abfuhr (rebuff) erhalten<sup>22</sup> und könne sich nicht erniedrigen. Aber für den Fall, daß eines Tages neue Schritte möglich werden, müsse Großbritannien laufend über die Entwicklung orientiert sein. Großbritannien betrachte sich als ein Teil von Europa und wolle in der Zwischenzeit seine Beziehungen zu Europa verbessern. Es sei aber unmöglich, in Verhandlungen einzutreten, wenn wieder die Gefahr eines Fehlschlages bestehe. Es mag sein, daß man sich später im politischen Bereich näherkomme. Wenn die deutsche Seite in dieser Hinsicht zuversichtlich bleibe, würde diese Entwicklung erleichtert werden. Es sei für die britische Regierung sehr schwierig, vor der Öffentlichkeit zu diesen Fragen Stellung zu beziehen.

Bundesminister *Schröder*: Auch für unsere Seite bleibt dies alles schwierig, solange wir nicht ein strahlenderes Bild von der britischen Politik gegenüber Europa haben.

<sup>21</sup> Vgl. dazu auch Dok. 199.

<sup>22</sup> Zum Scheitern der Verhandlungen am 29. Januar 1963 über einen Beitritt Großbritanniens zur EWG vgl. Dok. 15, Anm. 40.

Zum Abschluß wurde kurz die Frage des deutsch-englischen Jugendaustausches<sup>23</sup> behandelt.

Botschafter *Sir Frank Roberts* äußerte, daß hierbei in erster Linie nur noch praktische Schwierigkeiten für die Durchführung beständen.

Bundesminister *Schröder* schnitt die Geldfrage an. Es seien 150 000 £ für jede Seite vorgesehen. Es sei zu hoffen, daß das Foreign Office diese Summe zur Verfügung stellen werde.<sup>24</sup>

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

### 336

## Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem britischen Außenminister Gordon Walker

I A 5-82.00/94.09/3395/64 VS-vertraulich

15. November 1964<sup>1</sup>

Aufzeichnung über die Besprechung mit dem britischen Außenminister Gordon Walker in der Wohnung von Herrn Bundesminister Schröder am 15. November 1964 von 15–15.50 Uhr

(Teilnehmerliste siehe Anlage)<sup>2</sup>

Außenminister *Gordon Walker* erklärte, daß der Führungswechsel in Moskau<sup>3</sup> keine substantiellen Änderungen in der sowjetischen Außenpolitik nach sich ziehen würde. Allenfalls sei mit einem Wechsel in den Methoden gegenüber

<sup>23</sup> Dazu erläuterte Referat IV 5 am 4. Dezember 1964: „Im April dieses Jahres hatte die Gemischte Deutsch-Britische Kulturkommission einen verstärkten deutsch-britischen Jugendaustausch befürwortet. Danach sollten beide Länder ab 1965 jeweils 1 800 000 DM (150 000 £) hierfür bereitstellen. Das Bundesministerium für Familie und Jugend hat auf Grund des Kommissionsberichts und auf Grund des Beschlusses des Bundestagsausschusses für Familie und Jugend vom 11. Juni 1964 einen Austausch-Plan ... ausgearbeitet, der von der Kulturabteilung des Foreign Office positiv aufgenommen wurde.“ Für die Aufzeichnung sowie die Ausarbeitung des Bundesministeriums für Familie und Jugend vgl. Abteilung I (I A 5), VS-Bd. 173; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>24</sup> Vortragender Legationsrat I. Klasse von Plehwe fügte folgenden Zusatz an: „Die Besprechung wurde ohne Inanspruchnahme des Dolmetschers geführt. Die Teilnehmer bedienten sich ihrer Muttersprache, die jeweils von der anderen Seite verstanden wurde.“

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse von Plehwe am 17. November 1964 gefertigt und mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Jansen an Staatssekretär Carstens geleitet.

Hat Carstens am 19. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.

Hat Schröder am 28. November 1964 vorgelegen.

<sup>2</sup> Teilnehmer auf deutscher Seite: Bundesminister Schröder, Staatssekretär Carstens, Botschafter von Etzdorf, Ministerialdirektor Jansen, Ministerialdirektor Sachs, Vortragender Legationsrat I. Klasse von Plehwe, Vortragender Legationsrat Weber; auf britischer Seite: Außenminister Gordon Walker, Staatssekretär Caccia, Botschafter Roberts sowie weitere Mitarbeiter des britischen Außenministeriums.

<sup>3</sup> Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5.

China zu rechnen. Die Aussichten auf eine echte Aussöhnung mit China seien jedoch sehr gering.<sup>4</sup>

Die neuen Machthaber im Kreml werden sich voraussichtlich bemühen, die Verbindungen mit den kommunistischen Parteien in den westlichen Ländern enger zu gestalten.

Im übrigen hätten die Sowjets nunmehr gelernt, wie man sich einer führenden Persönlichkeit ohne Gewalt (smoothly) entledigen könne.

Bundesminister *Schröder*: Unsere Beurteilung stimmt hiermit überein. Auch wir glauben nicht, daß eine definitive Änderung in dem Verhältnis zwischen Moskau und China im Gange ist.

Der Stil Chruschtschows entsprach für die Sowjets schließlich nicht mehr genügend dem dogmatischen Kommunismus. Wir erlebten bereits bei dem Besuch Adschubejs<sup>5</sup>, daß dieser hier mehr als Exponent seines Schwiegervaters und weniger als kommunistischer Agent auftrat. Der zu persönliche Stil Chruschtschows war daher gewiß eine mitwirkende Ursache für seinen Abtritt. Ein derartiger persönlicher Stil ist nur möglich, wenn ständig Erfolge aufgewiesen werden, anderenfalls wirkt er als Beleidigung. Chruschtschow hat es somit seinen Widersachern nicht schwer gemacht, ihn loszuwerden, unabhängig von der Frage, wieweit sein Alter oder sein Gesundheitszustand mitgewirkt haben.

Von Interesse ist die Reaktion in den Satellitenstaaten. Es ist erstaunlich, daß sie Rechenschaft von Moskau verlangten, während es sonst nur üblich war, daß sie Rechenschaft zu geben hatten.

Über das Verhältnis der neuen Männer im Kreml zu Pankow wissen wir noch nichts Sicheres.

Der Wunsch Chruschtschows, einen Besuch in Bonn zu machen<sup>6</sup>, ging sicherlich u.a. auch darauf zurück, daß er – zumindest psychologisch – eine Abdeckung gegenüber China suchte. Dabei war er gewiß nicht bereit, uns etwa Konzessionen zu machen. Vielleicht schwenken auch seine Nachfolger eines Tages auf den Plan ein, mit dem Westen wegen der notwendigen Rücksichtnahme auf China auf besseren Fuß zu kommen. Heute sind sie offensichtlich noch nicht so weit. Es scheint, daß Chruschtschow die Notwendigkeit, sich gegenüber China abzudecken, früher und stärker empfand als die heutigen Machthaber. Diese werden aber immerhin im ganzen auf einer vorsichtigen Linie taktieren. Das weitere müssen wir abwarten, auch in der Berlinfrage. Seit dem Ultimatum von 1958<sup>7</sup> ist diese Frage ja allmählich immer mehr ihrer Brisanz verlustig gegangen. Es wird abzuwarten sein, ob jetzt womöglich das Pankowregime die Berlinfrage zu verschärfen versuchen wird.

<sup>4</sup> Zu den sowjetisch-chinesischen Beziehungen nach dem Führungswechsel in der UdSSR vgl. Dok. 317.

<sup>5</sup> Zum Besuch des Chefredakteurs der Zeitung „Izvestija“ vom 20. Juli bis 1. August 1964 in der Bundesrepublik vgl. Dok. 212.

<sup>6</sup> Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 259.

<sup>7</sup> Zum sowjetischen Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958 vgl. Dok. 202, Anm. 5.

Das getroffene Passierscheinabkommen<sup>8</sup> werten wir wegen seiner menschlichen Auswirkungen positiv. Politisch und rechtlich bleibt es neutral und ohne Folgen.

Außenminister *Gordon Walker*: Liegen irgendwelche Anzeichen dafür vor, daß Sie einen Besuch aus Moskau erwarten können?

Bundesminister *Schröder*: Es gab eine Nachricht, daß Kossygin an die Stelle Chruschtschows treten wird und nicht etwa Breschnew. Wenn nun die Sowjets anfangen sollten, Besuche zu machen, so wird Deutschland dabei gewiß nicht an erster Stelle stehen. Kossygin würde dann Verbindung mit den USA, vielleicht mit Großbritannien usw. suchen. Immerhin stehen wir auf dem Standpunkt, daß die ausgesprochene Einladung auch für Kossygin als Nachfolger Chruschtschows gilt.<sup>9</sup>

Außenminister *Gordon Walker*: Wird ein Besuch in Bonn womöglich vor den deutschen Wahlen<sup>10</sup> stattfinden?

Bundesminister *Schröder*: Das ist kaum anzunehmen. Die neuen Männer in Moskau sind bedächtiger und schematischer.

Außenminister *Gordon Walker*: Je mehr Löcher die deutsche Politik in die Berliner Mauer schlagen kann, desto vorteilhafter wird damit bewiesen, daß Berlin eine zusammengehörige Stadt ist.

Bundesminister *Schröder*: Die Linien, bis zu denen wir gehen können, sind bekannt. Es muß immer die Gefahr beachtet werden, daß sich eine Anhebung der Anerkennung der SBZ ergeben könnte.

Außenminister *Gordon Walker*: Es waren aber die anderen, die die Mauer geschaffen haben. Die westliche Seite kann nur gewinnen, wenn die Mauer durchlöchert wird.

Bundesminister *Schröder*: Jedenfalls hinsichtlich des Passierscheinabkommens kann gesagt werden, daß es per saldo nützlich war und das Zusammengehörigkeitsgefühl gefördert wird. Entgegen einer häufigen hier im Westen gehörten Annahme bestehen aber nicht viele andere Möglichkeiten für derartige Maßnahmen.

Außenminister *Gordon Walker* erwähnte sodann das Devisenausgleichsabkommen<sup>11</sup> und sprach die Hoffnung aus, daß alles getan würde, um es zu erfüllen.

Botschafter *Sir Frank Roberts*: Es ist dazu eine gewisse Hilfe seitens des Auswärtigen Amtes erforderlich.

Ministerialdirektor *Sachs* wies darauf hin, daß die nächste Sitzung des gemeinsamen Ausschusses für die Durchführung des Devisenausgleichsabkom-

<sup>8</sup> Zur Passierschein-Vereinbarung vom 24. September 1964 vgl. Dok. 258.

<sup>9</sup> Vgl. dazu auch Dok. 310.

<sup>10</sup> Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

<sup>11</sup> Zum deutsch-britischen Abkommen vom 27. Juli 1964 über einen Devisenausgleich für die Jahre 1964/65 und 1965/66 vgl. Dok. 208, besonders Anm. 2.

mens am 8. Dezember 1964 in London stattfinden wird.<sup>12</sup> Es seien schon mehrere Schritte eingeleitet, um die Durchführung voranzubringen. Es müsse insbesondere auch auf die Möglichkeiten hingewiesen werden, durch Beteiligungen britischer Firmen an Entwicklungshilfeprojekten Aufträge nach Großbritannien zu legen. Bei der Entwicklungshilfe für den Sudan sei bereits ein derartiges Projekt in der Verhandlung.<sup>13</sup> Darüber hinaus seien mehrere Einzelvorhaben angelaufen, um das Abkommen zu erfüllen. Die Aussichten seien daher nicht ungünstig.

Bundesminister *Schröder* verwies auf die Bemühensklausel, welche in dem Abkommen enthalten ist.<sup>14</sup> Die deutsche Seite werde ihre Bestes tun. Es wäre ratsam, diese Angelegenheit auch bei dem Besuch von Außenminister Gordon Walker bei dem Herrn Bundeskanzler<sup>15</sup> zur Sprache zu bringen, da daß Auswärtige Amt bei der Durchführung des Abkommens auch auf die anderen Ressorts angewiesen sei.

Außenminister *Gordon Walker* berührte kurz die Atomexplosion in China.<sup>16</sup> Sie sei eine Überraschung gewesen und mache nun die Anstrengungen zur Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen noch wichtiger. Die US-Regierung bemühe sich sehr, auf diesem Gebiet etwas zu tun.

Die Tatsache dieser Versuchsexplosion in China werfe die Frage auf, wieweit nun auch Großbritannien atomare Waffen in Asien bereitstellen müßte.

Staatssekretär *Carstens* lenkte das Gespräch auf die Kreditpolitik gegenüber dem Osten.

Außenminister *Gordon Walker* erklärte hierzu, daß Großbritannien hier nur nach der „normalen Praxis“ handle. In Großbritannien empfinde man es als hart und ungewöhnlich, den Handel von Sympathien und Antipathien gegenüber den Handelspartnern abhängig zu machen. Handel sei nun einmal lebenswichtig. Es sei allerdings nicht zu leugnen, daß hinsichtlich der Kreditpolitik gegenüber dem Osten eine unterschiedliche Doktrin zwischen Großbritannien und Deutschland vorliege.<sup>17</sup> Man begrüße es in Großbritannien sehr,

<sup>12</sup> Zu den Ergebnissen vgl. den Drahtbericht des Botschafters von Etzdorf, London, vom 8. Dezember 1964; Referat III A 5, Bd. 385.

<sup>13</sup> Die Bundesregierung beabsichtigte, britische Firmen am Ausbau des Wasserkraftwerks im sudanesischen Roseires zu beteiligen und die auf 60 Mio. DM veranschlagten Kosten als Beitrag zum deutsch-britischen Devisenausgleich anzurechnen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Sachs vom 27. November 1964; Referat III A 5, Bd. 385.

<sup>14</sup> Artikel 1 des deutsch-britischen Devisenausgleichsabkommens vom 27. Juli 1964: „Der Unterhalt britischer Truppen in der Bundesrepublik Deutschland führt zu einem Devisenaufwand in der Bundesrepublik Deutschland, der weiterhin eine Belastung der Zahlungsbilanz des Vereinigten Königreichs mit sich bringt. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland beabsichtigt, diesen Devisenaufwand soweit wie möglich auszugleichen“. Vgl. Referat III A 5, Bd. 385.

<sup>15</sup> Im Rückblick hielt der Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, über das Gespräch vom 15. November 1964 fest: „Die Briten, sagte Gordon Walker, seien nicht sehr für die MLF in der derzeit geplanten Form; wir erhielten sicher nur ein Vetorecht, und Rusk habe sich noch nicht festgelegt.“ Vgl. OSTERHELD, Außenpolitik, S. 121.

<sup>16</sup> Zur Zündung der ersten Atombombe der Volksrepublik China am 16. Oktober 1964 vgl. Dok. 297, Anm. 24.

<sup>17</sup> Zum Dissens über die Frage einer Vergabe von Krediten an Ostblock-Staaten vgl. besonders Dok. 2. Zu den Bemühungen der Bundesregierung, eine Ausweitung der Kreditlaufzeiten zu verhin-

daß Deutschland seinen Handel mit den osteuropäischen Ländern vermehre. Die deutschen Ansichten zur Kreditpolitik seien hinreichend bekannt. Es wäre zweckmäßig, bei deutsch-britischen Begegnungen von Zeit zu Zeit an dieses Thema zu erinnern und es zu besprechen.

Staatssekretär *Carstens* unterstrich zwei Argumente für die deutsche Haltung:

1) Die Gewährung der langfristigen Kredite gibt den Sowjets die Möglichkeit, ihre Rüstung und ihre Entwicklungshilfe an andere Länder aufrechtzuerhalten.

2) Es besteht die Gefahr einer laufenden Verlängerung der Kredite, wenn die Sowjets an den Fälligkeitsterminen nicht zurückzahlen.

Außenminister *Gordon Walker* verweist demgegenüber auf die Regierungsgarantien.

Botschafter *Sir Frank Roberts* unterstrich, daß bisher nur sehr wenige langfristige Kredite gewährt seien und daß man auch darauf geachtet habe, Kredite nur für Vorhaben zu geben, welche anderenfalls von den Sowjets selbständig durchgeführt werden könnten. Es entstände in der deutschen Öffentlichkeit auch ein etwas übertriebenes Bild dadurch, daß hier immer nur die Höchstgrenzen der Kredite erwähnt würden, während es gar nicht sicher sei, ob diese Höchstgrenzen ausgeschöpft würden.

Ministerbüro, VS-Bd. 8512

337

### Aufzeichnung des Legationsrats I. Klasse Pfeffer

St.S. 2133/64 geheim

16. November 1964<sup>1</sup>

Herr Staatssekretär *Carstens* hielt am 11. November 1964 eine Besprechung über die MLF und Fragen der nuklearen Verteidigungspolitik ab. An der Sitzung nahmen teil: Herr Staatssekretär *Carstens*, Herr MD *Müller-Roschach*, Herr VLR I *Truckenbrodt*, Herr MD *Jansen*, Herr LR I *Fischer*, Herr MD *Thierfelder*, Herr VLR I *von Schenck*, Herr MDg *Ruete*, Herr VLR I *Scheske*, Herr LR I *Pfeffer*.

Der Herr Staatssekretär gab zunächst bekannt, daß eine Studiengruppe aus Vertretern des Auswärtigen Amts und des Bundesministeriums der Verteidi-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1319*

dern, sowie zur Gewährung eines langfristigen britischen Kredits an die UdSSR vgl. Dok. 273, besonders Anm. 39.

<sup>1</sup> Durchschlag als Konzept.

Ein Entwurf hat Staatssekretär *Carstens* vorgelegen. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

Zu den Änderungen vgl. Anm. 5, 6 und 11.

gung eingesetzt werden soll. Als Vertreter des Auswärtigen Amtes werde er Herrn Staatssekretär Gumbel die Herren Scheske und Truckenbrodt benennen. Herr Scheske soll – im Falle der Verhinderung – durch Herrn Vogeler vertreten werden.

Auch die folgenden vorläufigen Überlegungen sollten möglichst bald mit den Fachleuten des Bundesministeriums der Verteidigung erörtert werden.

Es gehe hauptsächlich um zwei Problemkreise:

I. Die Schaffung einer Institution, die als eine Art „Überbau“ alle an der nuklearen Bewaffnung beteiligten Länder der westlichen Welt miteinander verbinden soll<sup>2</sup>;

II. den Zusammenhang zwischen der MLF und dem europäischen Einigungswerk (Europäisierungsklausel<sup>3</sup>).

zu I.

Der Herr Staatssekretär skizzierte folgende Struktur für den „Überbau“:

Es wird ein „Atlantischer Nuklear-Rat“ (ANR) gebildet, dem die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die anderen Mitgliedstaaten der MLF und Frankreich angehören.

Der ANR hat folgende Zuständigkeiten:

1) Die Mitgliedstaaten verpflichten sich zur gegenseitigen Konsultation vor dem Einsatz nuklearer Waffen. Diese Konsultationspflicht erstreckt sich auf alle den Mitgliedstaaten zur Verfügung stehenden nuklearen Waffensysteme einschließlich der „external forces“.

2) Der ANR arbeitet Richtlinien für gewisse Fälle aus, in denen, analog zum Modell der Athener Guidelines<sup>4</sup>, der Einsatz nuklearer Waffen erfolgt.

Eine solche Konstruktion käme den Interessen aller Teilnehmerstaaten aus folgenden Gründen entgegen:

Großbritannien und vor allem Frankreich würden mit den Vereinigten Staaten Mitglieder des ANR sein, die sich als Eigentümer einer eigenen nationalen Atomwaffe von denjenigen Mitgliedern abheben, die nur Kraft ihrer Eigenschaft als Mitglieder der MLF am ANR teilnehmen. Die Vereinigten Staaten wären vielleicht deshalb für den Plan zu gewinnen, weil sie dadurch die nationale Atomstreitmacht Frankreichs durch Zusammenarbeit in einer Dachorganisation „binden“ könnten.

<sup>2</sup> Zu Überlegungen für eine engere Konsultation über die nuklear-strategische Planung vgl. bereits Dok. 261 und Dok. 262, besonders Anm. 9.

Am 10. November 1964 hielt Staatssekretär Carstens ein Gespräch mit dem Unterstaatssekretär im britischen Außenministerium, Lord Hood, fest, der in Verbindung mit der geplanten MLF eine „regelmäßige Konsultation der globalen Probleme, vor allem auch der globalen nuklearen Probleme“, gewünscht habe. Carstens notierte, er habe dazu erläutert, daß auch die Bundesregierung sich bemühe, „einen Rahmen zu finden, in dem sowohl die MLF wie die britische wie die amerikanische Nuklearstreitmacht und sogar schließlich, wenn möglich, auch die Force de frappe einen Platz finden könnten. In diesem Rahmen könnten dann auch die von Lord Hood vorgeschlagenen und von mir für sehr zweckmäßig angesehenen Konsultationen stattfinden.“ Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 421; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>3</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 330.

<sup>4</sup> Vgl. dazu Dok. 127, Anm. 14.

Vor allem aber werde einem fundamentalen deutschen Interesse entsprochen: Deutschland würde in die Lage versetzt, seine verteidigungspolitischen Vorstellungen im nuklearen Bereich stärker als bisher geltend zu machen. In der Phase der „Planung im Frieden“ würde Deutschland an der strategischen Planung aller nuklear gerüsteten westlichen Staaten beteiligt. Welche neuen Möglichkeiten für die Phase der „Diplomatie während der kritischen Phase“, d.h. in der Phase vor einer drohenden nuklearen Auseinandersetzung, uns dadurch eröffnet würden, wäre noch näher zu prüfen. In der dritten möglichen Phase schließlich, der Phase der Entscheidung über den Einsatz nuklearer Waffen, erhielten wir durch die Konsultationspflicht unserer Partner im ANR die Gelegenheit, hauptsächlich in zwei Richtungen zu wirken: Wir könnten die frühzeitige Anwendung nuklearer Waffen fordern<sup>5</sup>, sofern unser nationales Interesse einen solchen Einsatz gebiete; wir würden umgekehrt aber auch dem Einsatz nuklearer Waffen oder gewisser nuklearer Waffen im Interesse unseres nationalen Überlebens widersprechen<sup>6</sup> können. So hätten wir unter Umständen ein Interesse daran, von der Anwendung der atomaren Gefechtsfeldwaffen zur gleichzeitigen Anwendung der taktischen und strategischen, die sowjetischen Nuklearwaffen in der Sowjetunion abdeckenden Atomwaffen überzugehen.

Unsere Position würde noch günstiger, wenn sich die unter I. 1) umschriebene Zuständigkeit des ANR in folgender Weise abwandeln ließe:

Der ANR erhält für den europäischen Kriegsschauplatz Entscheidungsbefugnis über den Einsatz nuklearer Waffen. Für alle übrigen Kriegsschauplätze bleibt es bei der Konsultationspflicht.

Der Herr Staatssekretär bezweifelte, ob die USA schon jetzt bereit seien, einer solchen Maximalforderung zu entsprechen. Er werde diese Frage mit Mr. Ball bei dessen nächstem Besuch in Bonn aufnehmen<sup>7</sup> und zwar mit folgender Begründung, die auf die amerikanischen Interessen zugeschnitten sei:

Die USA würden durch eine solche Differenzierung erreichen, daß die bisher nationale Einsatzgewalt Großbritanniens und Frankreichs mit Bezug auf den europäischen Kriegsschauplatz multilateralisiert würde. Auf den außereuropäischen Kriegsschauplätzen, wie zum Beispiel bei einer Auseinandersetzung mit China, würden die USA hingegen ihre nukleare Handlungsfreiheit mehr oder weniger wahren, da sie nur zur Konsultation mit den übrigen Mitgliedstaaten des ANR verpflichtet wären.

Die Interessen der übrigen Mitglieder des ANR, die wie Deutschland kraft ihrer Mitgliedschaft in der MLF dem ANR angehörten, lägen ähnlich wie die deutschen. Man dürfe deshalb sogar hoffen, daß die Bildung des ANR einen Anreiz für die zögernden Staaten bilden werde, der MLF beizutreten.

Schwieriger sei es hingegen, die Reaktionen derjenigen Mitgliedstaaten der NATO abzuschätzen, die nicht Mitglieder des ANR würden und damit von der

<sup>5</sup> Im Entwurf wurde an dieser Stelle von Staatssekretär Carstens gestrichen: „wenn nicht sogar veranlassen“.

<sup>6</sup> Im Entwurf wurde an dieser Stelle von Staatssekretär Carstens gestrichen: „und ihn womöglich verhindern“.

<sup>7</sup> Vgl. das Gespräch vom 16. November 1964; Dok. 339.

Mitwirkung an den nuklearen Planungen und Konsultationen, wenn nicht sogar Entscheidungen, ausgeschlossen bleiben. Hier lasse sich allerdings einwenden, daß ein Teil dieser Länder, zum Beispiel die skandinavischen, vielleicht gar kein Interesse an einer solchen Mitwirkung hätten und jedenfalls durch die Weigerung, nukleare Waffen auf ihrem Territorium zu stationieren, kein Recht zur Mitwirkung besäßen.

Trotzdem müsse man die Gefahr sehen, daß die Bildung des ANR eine sprengende Wirkung auf den NATO-Verband insgesamt ausüben könnte. Dieser Gefahr müsse man durch eine entsprechende organisatorische Verklammerung zwischen ANR und NATO-Rat zu begegnen suchen. So sei zum Beispiel zu überlegen, ob der ANR sich als Unterausschuß des NATO-Rates konstituieren sollte. Gegen diese Konstruktion würde indessen sprechen, daß dadurch die Aussicht, Frankreich einzubeziehen, sehr viel geringer würde: de Gaulle werde den Eindruck haben, daß der Vorschlag sich in den bisherigen Linien bewege und keine wirkliche Umgestaltung des Bündnisses gemäß neuer atomarer Gegebenheiten mit sich bringe.

Außerdem empfehle es sich wohl, den Gouverneursrat der MLF<sup>8</sup> durch weitgehende Personalunion mit dem ANR zu verknüpfen.

Schließlich sei zu untersuchen, wie der ANR rein technisch am besten mit der amerikanischen nuklearen Führungsstruktur verzahnt werden könne. Die zur Zeit technisch einfachste Lösung, nämlich den Sitz des ANR nach Omaha<sup>9</sup> zu verlegen, sei politisch nicht erwünscht. Vielleicht könne man, wenigstens vorläufig, einen Ausweg in der Richtung suchen, daß die Stellvertreter der Regierungsvertreter im ANR ihren Sitz in Omaha nähmen, während die Regierungsvertreter Paris zu ihrem Sitz wählten. Dann bliebe nur noch die Frage, wie eine einwandfreie Verbindung zwischen den Regierungsvertretern in Paris und deren Stellvertretern in Omaha zu gewährleisten sei.

zu II.

Was den Zusammenhang zwischen MLF und europäischem Einigungswerk angehe, so kreuzten sich hier zwei Interessenlinien: Frankreich fordere in sehr allgemeiner Form das alleinige europäische Verfügungsrecht über atomare Waffen. Wenn in einer Europäisierungsklausel der zukünftigen politischen Union ein solches Recht eingeräumt werde, dann stiegen die Aussichten, Frankreich für diese Formel zu gewinnen. Die Vereinigten Staaten würden umgekehrt für eine solche Formel kaum zu gewinnen sein, denn mit ihr falle eine entscheidende Funktion der MLF weg: die verteidigungspolitische Verklammerung Europas und der Vereinigten Staaten.

Eine kurze, sehr allgemeine Europäisierungsklausel entspreche dieser Situation wohl am ehesten.

Eine Möglichkeit, den Vereinigten Staaten die Europäisierung der MLF akzeptabel zu machen, könnte darin liegen, daß die MLF-Partner auf ihr Kündi-

<sup>8</sup> Als oberstes Führungsorgan der angestrebten Atomstreitmacht war in den Planungen der MLF-Arbeitsgruppe ein „Board of Governors“ vorgesehen.

<sup>9</sup> In Omaha, Nebraska, befanden sich das Befehlszentrum des Strategischen Bomberkommandos (SAC) der amerikanischen Luftstreitkräfte sowie der mit der Ausarbeitung der nuklearen Zielplanung befaßte „Joint Strategic Target Planning Staff“.

gungsrecht gemäß Art. 13 des NATO-Vertrags<sup>10</sup> verzichteten und damit sich auf Dauer an die Allianz bänden.

Es sei aber problematisch, diese Frage schon jetzt zur Diskussion zu stellen.<sup>11</sup>

Schließlich müßten die skizzierten Konstruktionen mit dem Gedanken der Nichtverbreitung von Atomwaffen konfrontiert werden. Beide Komplexe seien aber prima facie miteinander vereinbar.

Abschließend bat der Herr Staatssekretär zu prüfen, ob in Zukunft ein Vertreter des Bundesnachrichtendienstes an derartigen Besprechungen teilnehmen könnte.

gez. Pfeffer

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

### 338

#### Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium

ZA 5-134.A/64 geheim

16. November 1964<sup>1</sup>

Der Herr Bundeskanzler empfing am 16. November 1964 um 10.15 Uhr den Staatssekretär im amerikanischen State Department, Herrn Ball, zu einem Gespräch, in dessen Verlauf er folgende Ausführungen machte:

Zunächst gab der Herr *Bundeskanzler* seiner Freude über die Wahl Präsident Johnsons<sup>2</sup> Ausdruck und hoffte auf eine Fortsetzung der freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungen. In den allermeisten Fragen stünden die Amerikaner und die Deutschen ganz dicht beieinander.

Auf die MLF eingehend betonte der Herr Bundeskanzler, daß sich die Haltung der Bundesregierung nicht geändert habe. Wenn eine gewisse Verzögerung eintrete, so sei dies auf die Wahlen in Großbritannien<sup>3</sup> zurückzuführen. Gordon Walker habe bei seinem Besuch<sup>4</sup> allerdings versichert, daß die neue Regierung keine Verzögerungstaktik betreiben wolle. Die deutsche Regierung wolle keine Schwächung der Wirksamkeit der MLF sehen, vielmehr müsse sie

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 180, Anm. 17.

<sup>11</sup> Im Entwurf wurde dieser Satz von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 23. November 1964 gefertigt.

Hat dem Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, am 23. November 1964 vorgelegen.

Vgl. zu dem Gespräch auch OSTERHELD, Außenpolitik, S. 122.

<sup>2</sup> Bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 3. November 1964 wurde Präsident Johnson in seinem Amt bestätigt.

<sup>3</sup> Die Wahlen zum britischen Unterhaus fanden am 15. Oktober 1964 statt und führten zu einer Regierungsmehrheit für die Labour Party.

<sup>4</sup> Zum Besuch am 15. November 1964 in Bonn vgl. Dok. 334–336.

in die gesamte strategische Konzeption eingebettet sein, um bei der deutschen Bevölkerung keine Unsicherheit aufkommen zu lassen, sondern, im Gegenteil, ihren Schutz zu erhöhen. Die Öffentlichkeit und auch das Parlament wollten sicher darüber sein, daß die Strategie der besonderen Lage Deutschlands Rechnung trage. In einem so schmalen geographischen Gürtel bestehe nicht die Möglichkeit vieler Schwellen oder Pausen. Auch aus diesem Grund liege der Bundesregierung daran, die MLF als wirksames Instrument möglichst bald entstehen zu sehen. Wenn die von Herrn von Hassel in den Vereinigten Staaten vorgetragenen Thesen akzeptiert würden, sei man auf deutscher Seite zufrieden.<sup>5</sup> Natürlich sei klar, daß durch irgendeine Kurzschlußhandlung eines subalternen Mannes kein nuklearer Krieg ausgelöst werden dürfe, andererseits müsse aber die deutliche Absicht in Erscheinung treten, auf einen entsprechenden Angriff bald und wirksam zu reagieren. An der Zweckbestimmung der MLF dürfe kein Zweifel bestehen. Ihre Hauptwirkung bestehe nicht so sehr im Einsatz als in der Abschreckung. Die Vorstellung, daß bei einer Auseinandersetzung der Gegner zunächst einmal 20 km nach Deutschland hinein vorrücke, daß dann die Dinge stehen blieben, daß nach gewisser Zeit ein weiteres Vorrücken um 20 km erfolge, sei nicht akzeptabel. Dies käme einer Annexion in Raten gleich.<sup>6</sup>

Der Herr Bundeskanzler erwähnte sodann, daß die von Gordon Walker entwickelten Vorstellungen noch ziemlich vage gewesen seien. Er fragte, ob man sich in den Vereinigten Staaten bereits Gedanken darüber gemacht habe, ob nicht ein nukleares System denkbar sei, das sowohl die amerikanische Macht, die multilaterale Streitmacht und die französische *force de frappe* unter einem gemeinsamen Dach umfasse.<sup>7</sup> Er glaube, daß die Vereinigten Staaten auf

<sup>5</sup> Zum Besuch des Bundesministers der Verteidigung vom 10. bis 17. November 1964 vgl. Dok. 327, besonders Anm. 1.

Über die Erörterungen der europäischen Verteidigungsstrategie berichtete Botschafter Knappstein, Washington, am 18. November 1964, es habe Einigkeit darüber bestanden, „daß die erste Phase einer militärischen Auseinandersetzung konventionell geführt werden müsse ... und daß ein frühzeitiger Einsatz von nuklearen Gefechtsfeldwaffen notwendig sei, falls die konventionelle Phase nicht zum Erfolg führe“. Ferner sei übereinstimmend festgestellt worden, „daß die NATO den Krieg möglichst in der ersten Phase gewinnen müsse und daß die NATO-Streitkräfte entsprechend ausgerüstet, disloziert und eingesetzt werden müßten“. Schließlich sei man darüber einig gewesen, „daß der Aufbau einer Befestigungslinie entlang der Demarkationslinie politisch nicht zu verantworten und militärisch nur von geringem Nutzen sein würde“. Kein Konsens sei jedoch erzielt worden im Hinblick auf die „genauere Definition des Zeitpunktes des Einsatzes nuklearer Waffen, die Verbesserung der Kampfkraft konventioneller Streitkräfte, die Rolle der Luftwaffe in der konventionellen Anfangsphase eines Krieges, den Einsatz von ‚interdiction‘-Waffen durch SACEUR und die Beurteilung der Möglichkeiten, einen feindlichen Aufmarsch zu erkennen“. Hierzu habe man weitere Beratungen vereinbart. Vgl. Abteilung II (II 7), VS-Bd. 699; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>6</sup> Mit Runderlaß vom 16. November 1964 gab Staatssekretär Carstens die Stellungnahme des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium wieder. Ball habe betont, „daß die Gespräche mit Herrn von Hassel in Amerika gut verlaufen seien. Man müsse immer wieder darauf hinweisen, daß die sogenannte Pause unter Umständen nur wenige Minuten betragen würde, aber eine gewisse Überlegungszeit müsse sich der Westen erhalten, sonst werde die Abschreckungsstrategie den Sowjets gegenüber unglaubwürdig.“ Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>7</sup> Zu entsprechenden Überlegungen der Bundesregierung vgl. Dok. 337.

Der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium regte seinerseits eine verbesserte Konsultation innerhalb der NATO an. Dazu teilte Staatssekretär Carstens am 16. November 1964 mit:

Großbritannien einen beachtlichen Einfluß ausüben könnten, sei es wegen der Tradition, sei es wegen der besonderen Lage, in der sich nunmehr die Labour-Regierung befinde. Er glaube ferner, daß Großbritannien daran interessiert sei, den Anschluß an Europa nicht zu verlieren.<sup>8</sup> Die größeren Schwierigkeiten lägen aber bei den Franzosen. Nichtsdestoweniger müsse er betonen, daß man deutscherseits die Freundschaft mit Frankreich pflegen wolle, wie schwierig de Gaulle als Partner auch sein möge. Ohne eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich lasse sich kein Fortschritt erzielen.

Der Herr Bundeskanzler verwies auf die jüngsten von der Bundesregierung vorgelegten Europa-Vorschläge<sup>9</sup> und deutete auch an, daß er glaube, eine Lösung der Getreidepreisfrage finden zu können.<sup>10</sup> Auf die jüngste Reise von Dr. Adenauer nach Paris<sup>11</sup> eingehend hob der Herr Bundeskanzler hervor, daß Dr. Adenauer nicht mit einer besonderen Mission oder als Überbringer eines Briefs nach Paris gefahren sei. Er habe ihm vor der Reise gesagt, Dr. Adenauer könne über alles sprechen, solle sich aber unter keinen Umständen auf die MLF einlassen und nicht den Eindruck erwecken, als ob die MLF ein Tausch- oder Handelsobjekt sei.<sup>12</sup> Die MLF müsse für sich allein betrachtet werden und habe nichts zu tun mit den wirtschaftlichen oder politischen Problemen der Einigung Europas. Mit den jüngsten Vorschlägen wolle man die Tür offen lassen. Er nehme aber an, daß de Gaulle keineswegs damit zufrieden sein werde. Wenn es zu einer Lösung kommen sollte, der die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die Bundesrepublik und andere Länder zustimmen sollten, werde de Gaulle eine Einladung zur Teilnahme sicher nicht annehmen.

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1325*

„Es sollen sechs Treffen auf Minister- oder Ministerstellvertreter-Ebene pro Jahr stattfinden. Bei dieser Gelegenheit sollen alle weltweiten Fragen, an dem ein oder mehrere Mitgliedstaaten interessiert sind, erörtert werden. Der Bundeskanzler begrüßte diesen Gedanken.“ Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>8</sup> Im Hinblick auf die britischen Vorstellungen bezüglich der geplanten MLF hielt Staatssekretär Carstens am 16. November 1964 folgende Stellungnahme des Staatssekretärs im amerikanischen Außenministerium fest: „Er glaube, es werde zu einer Einigung kommen. Der Grundsatz der Gleichberechtigung sei den Briten von den Amerikanern verdeutlicht worden. Die neue britische Regierung sähe die Chance, sich durch das MLF-Projekt mit Europa zu assoziieren. Man solle in Einzelheiten nicht doktrinär sein, zum Beispiel könne er sich vorstellen, daß britische U-Boote in die MLF eingebracht würden, wenn sie den für die MLF geltenden Regeln unterstellt werden, wobei allerdings die gemischte Bemannung schon aus technischen Gründen nicht sofort realisiert werden könnte, aber dennoch sollte man an diesem Prinzip festhalten. Allerdings dürften die fundamentalen Prinzipien des MLF-Projekts nicht tangiert werden.“ Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>9</sup> Zur Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 vgl. Dok. 311 und weiter Dok. 344.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Dok. 318, besonders Anm. 4.

<sup>11</sup> Zu den Gesprächen mit dem französischen Staatspräsidenten am 9./10. November 1964 vgl. Dok. 318 und Dok. 321.

<sup>12</sup> Am 12. November 1964 teilte der Chef des Bundeskanzleramtes Bundesminister von Hassel, z.Z. Washington, mit, der ehemalige Bundeskanzler Adenauer habe gegenüber Staatspräsident de Gaulle weder zur Getreidepreis-Frage noch zur MLF eine definitive Stellungnahme abgegeben. Westrick bekräftigte: „Diese beiden Fragen sind auch voneinander unabhängig und haben keine Verbindung miteinander. Die positive Haltung der Bundesregierung in der Frage der MLF bleibt unverändert.“ Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432; B 150, Aktenkopien 1964.

Vielleicht könnte Präsident Johnson bei seinem Besuch in Europa<sup>13</sup> bei de Gaulle etwas erreichen. Immerhin sei es vorstellbar, daß in den Gesprächen der Knoten etwas gelockert werden könnte. Wenn man de Gaulle nur sage, er könne beitreten, dann seien die Aussichten sicher nicht allzu groß. Er wolle nicht den Eindruck erwecken, als ob man sich von Frankreich abhängig fühle, doch wäre eine Beteiligung Frankreichs im Interesse aller sehr begrüßenswert.

Für die Bundesregierung stelle sich dieses Problem nicht nur in außenpolitischem Zusammenhang, sondern auch unter einem innenpolitischen Aspekt dar. Die Regierung und die Mehrheit des Parlaments seien zwar in ihrer Haltung klar, andererseits würden aber auch einige nicht überhörbare emotionale Gründe vorgebracht, weshalb man die Freundschaft mit Frankreich pflegen müsse. Es sei aber völlig unakzeptabel, die Zusammenarbeit mit Europa und mit Frankreich vom Beitritt oder Nichtbeitritt der Bundesrepublik zur MLF abhängig zu machen. De Gaulle und Pompidou hätten klar zu verstehen gegeben, daß eine Beteiligung an der MLF ein gegen Europa und die europäischen Interessen gerichteter Akt wäre.<sup>14</sup> Dem könne die Bundesregierung nie zustimmen. Er wolle noch konzedieren, daß der Getreidepreis in einem gewissen Verhältnis stehen könnte zu der weiteren Entwicklung innerhalb der EWG und vielleicht auch noch mit den Verhandlungen über die europäische Einheit und mit der Kennedy-Runde. Die MLF hingegen könne nie ein Tausch- und Verhandlungsobjekt sein. Dies habe er unter Zeugen auch dreimal Dr. Adenauer vor seiner Reise nach Paris gesagt.

Am Vortag sei er mit Jean Monnet zusammengetroffen, und was dieser gesagt habe, sei interessant gewesen, weil es die Persönlichkeit de Gaulles ausleuchte. Er habe mit ihm über die Schwierigkeiten bei der Regelung der Getreidepreisfrage gesprochen, ihn aber doch darauf hingewiesen, daß er die Bauern etwas in die Knie gezwungen habe, vor allem mit dem Argument, daß in der Europa-Politik keine Fortschritte erzielt werden können, wenn sie unachgiebig blieben. Monnet habe darauf geantwortet, selbst wenn man de Gaulle auf einem silbernen Tablett den Getreidepreis darbreite, werde er nicht bereit sein, die europäische Entwicklung mit vollem Herzen zu fördern. Monnet sei aber der Auffassung gewesen, daß, wenn es gelänge, eine Lösung in Form einer atlantischen multilateralen Verteidigungsstreitmacht zu finden, in der von Anfang an ein Platz für de Gaulle reserviert sei, dieser dann möglicherweise zustimmen werde.

Zur Getreidepreisfrage führte der Herr Bundeskanzler weiter aus, er halte eine Herabsetzung des Preises für richtig, wenn man sich einmal auf das Sy-

<sup>13</sup> Der amerikanische Präsident reiste erst 1967, anlässlich der Beisetzungfeierlichkeiten für den ehemaligen Bundeskanzler Adenauer am 25. April 1967, nach Europa.

<sup>14</sup> Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 318. Vgl. dazu auch Dok. 307, Anm. 10.

Ministerpräsident Pompidou erklärte am 5. November 1964 gegenüber französischen Journalisten: „En résumé nous pouvons nous demander si un tel projet, une telle force multilatérale n'est pas destructrice pour l'Europe, provocatrice pour certains autres pays et finalement dirigée plus ou moins contre la France.“ Vgl. LE MONDE, Nr. 6163 vom 7. November 1964, S. 2.

stem als solches eingelassen habe. Unter anderen<sup>15</sup> Voraussetzungen wäre es wahrscheinlich möglich gewesen, für Drittländer eine befriedigende Lösung durch die Gewährleistung von Kontingenten zu finden. Diese Möglichkeit sei nun aber vorbei, und man müsse auf dem anderen Weg vom Fleck kommen. In seinen Gesprächen mit Vertretern der Bauern<sup>16</sup> habe er auch die Möglichkeit angedeutet, den Bauern gegenüber einen politischen Preis zu zahlen.

Der Herr Bundeskanzler fragte sodann Staatssekretär Ball nach seiner Beurteilung der jüngsten Ereignisse in der Sowjetunion und deren mögliche Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen Moskau und Peking.<sup>17</sup>

Sodann wandte sich der Herr Bundeskanzler der Israel-Frage zu. Die Israelis seien über die Tätigkeit deutscher Wissenschaftler in Kairo<sup>18</sup> erbost und auch etwas enttäuscht darüber, daß keine diplomatischen Beziehungen aufgenommen würden.<sup>19</sup> Andererseits sei in der Öffentlichkeit bekannt geworden, daß an Israel Waffen geliefert würden.<sup>20</sup> Hier den richtigen Ton und Weg zu finden, sei nicht einfach. Die jüngsten Ereignisse an der syrisch-israelischen Grenze<sup>21</sup> seien auch alles andere als beruhigend. Vielleicht gelinge es der neuen britischen Regierung, die Nasser und der arabischen Welt gegenüber aufgeschlossener sei, einen Beitrag zur Entspannung in jenem Teil der Welt zu leisten.

Zu der von Staatssekretär Ball angeschnittenen Frage der derzeitigen Stimmung in der Türkei bemerkte der Herr Bundeskanzler, es sei richtig, daß vielleicht die Deutschen am besten mit den Türken sprechen könnten<sup>22</sup>, andererseits habe die Bundesrepublik auch nicht so viel Geld, um ihre Wünsche voll befriedigen zu können. Anlässlich des Besuchs des türkischen Verteidigungsministers<sup>23</sup> habe er mit diesem das Thema ebenfalls erörtert. Er wisse nicht, ob die Türken bereit sein würden, einer Lösung, die unter dem Schutz der NATO zustande kommen würde, zuzustimmen, und die vorsehen würde, daß der türkischen Minderheit ein echter Schutz seitens der NATO gewährt würde, die

<sup>15</sup> Dieses Wort wurde vom Leiter des Außenpolitischen Büros im Bundeskanzleramt, Osterheld, handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „diesen“.

<sup>16</sup> Am 13. November 1964 empfing Bundeskanzler Erhard den Präsidenten des Deutschen Bauernverbands, Rehwinkel, zu einem Gespräch. Vgl. dazu FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 265 vom 13. November 1964, S. 1.

<sup>17</sup> Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5. Zu den Rückwirkungen auf die sowjetisch-chinesischen Beziehungen vgl. Dok. 317.

<sup>18</sup> Zur Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie vgl. zuletzt Dok. 315.

<sup>19</sup> Zu der entsprechenden Erklärung des Staatssekretärs Carstens am 4. November 1964 vor dem Bundestag vgl. Dok. 308, Anm. 17.

<sup>20</sup> Zu den Pressemeldungen über die Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel vgl. Dok. 306, Anm. 2.

<sup>21</sup> Die israelische Regierung gab am 13. November 1964 bekannt, es seien Einsätze gegen syrische Stellungen geflogen worden, nachdem von dort Grenzzorte in Israel beschossen worden seien. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 245.

<sup>22</sup> Dazu berichtete Staatssekretär Carstens mit Runderlaß vom 16. November 1964, der Staatssekretär im amerikanischen Außenministerium habe sich besorgt über die Lage in der Türkei gezeigt: „Die Türken seien enttäuscht und verbittert. Ball bat uns, ihnen aufgrund unserer besonders engen Beziehungen deutlich zu machen, welche ungeheuren Vorteile die westliche Allianz trotz allem für sie habe, vor allem auch in materieller Hinsicht.“ Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>23</sup> Zum Besuch von İlhami Sancar vom 25. Oktober bis 1. November 1964 vgl. Dok. 333, Anm. 2.

Insel selbst aber Griechenland unterstellt würde.<sup>24</sup> Das Schlüsselproblem sei, daß Makarios zurückgezogen werden müßte. Der griechische Verteidigungsminister, mit dem er einige Zeit später zusammengetroffen sei<sup>25</sup>, habe allerdings eine andere Auffassung vertreten. Die der Bundesregierung vorliegenden Informationen ließen ebenfalls auf eine bedenkliche Situation in der Türkei schließen. Er sei wegen der dortigen Lage besorgt, und die Bundesregierung werde alles tun, um eine Lösung zu unterstützen, die im Sinne des westlichen Bündnisses liege.

Der Herr Bundeskanzler sagte weiter, er habe gerüchteweise gehört, die neue britische Regierung denke daran, bald Neuwahlen abzuhalten.<sup>26</sup> Er wisse nicht, ob sich dies auf die Haltung zur MLF auswirken würde. Wie er Botschafter McGhee verschiedentlich gesagt habe, wolle man deutscherseits eine zu lange Verzögerung vermeiden, da man sonst zu nah an die Bundestagswahlen komme.<sup>27</sup> Er würde es nicht gerne sehen, wenn die MLF im Wahlkampf zu einer entscheidenden Frage würde, wenngleich die Mehrheit dafür sei. Innerhalb der CDU gebe es aber gewisse Schattierungen<sup>28</sup>, die in diesem Fall zu stark in den Vordergrund treten könnten. Im übrigen hätten sich die Aspekte etwas verlagert, und es gehe nicht mehr allein um die MLF, sondern auch um die Strategie zur Verteidigung Europas. Wenn in dieser Frage eine befriedigende Antwort gegeben werden könnte, hätte dies in der Öffentlichkeit eine beruhigende Wirkung.

Die Unterredung endete gegen 11.50 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 11

<sup>24</sup> Zur türkischen Haltung in der Zypern-Frage vgl. auch Dok. 333.

<sup>25</sup> Pedros Garoufalas hielt sich vom 3. bis 7. November 1964 in der Bundesrepublik auf. Zu den Gesprächen mit Bundeskanzler Erhard und Bundesminister von Hassel vgl. BULLETIN 1964, S. 1511.

<sup>26</sup> In der Presse wurde vermutet, daß Premierminister Wilson wegen der knappen Mehrheit der Labour-Regierung im Unterhaus Neuwahlen im Frühjahr 1965 anstreben könnte. Vgl. dazu DIE WELT, Nr. 262 vom 9. November 1964, S. 4.

<sup>27</sup> Vgl. dazu auch das Gespräch vom 3. November 1964; Dok. 307.

Die Bundestagswahlen fanden am 19. September 1965 statt.

<sup>28</sup> Zur Auseinandersetzung zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ vgl. Dok. 194, Anm. 1.

## Gespräch des Staatssekretärs Carstens mit Staatssekretär Ball, amerikanisches Außenministerium

St.S. 2157/64 geheim

16. November 1964<sup>1</sup>

Am 16. November 1964 empfing Herr Staatssekretär Carstens den stellvertretenden amerikanischen Außenminister Ball. An dem Gespräch nahmen auf amerikanischer Seite der amerikanische Botschafter McGhee und Mr. George Springsteen, auf deutscher Seite nahm Herr Pfeffer teil.

Der Herr *Staatssekretär* schlug vor, das beim Herrn Bundeskanzler geführte Vormittagsgespräch über die MLF<sup>2</sup> noch in einigen Punkten zu vertiefen. Der britische Außenminister habe uns soeben in großen Zügen die britischen Vorstellungen vorgetragen.<sup>3</sup> Danach gehe es Großbritannien vor allem darum, am Prozeß der nuklearen Willensbildung in den Vereinigten Staaten stärker beteiligt zu werden. Er, der Staatssekretär, habe Gordon Walker gefragt, ob sich nicht beides miteinander verbinden lasse, die Errichtung der MLF in der geplanten Form und eine stärkere Teilnahme am amerikanischen nuklearen Entscheidungsprozeß. Man könne, was die zweite Komponente angehe, an eine Art organisatorischen „Überbau“ denken, in dem alle westlichen Nuklearmächte und -gruppierungen miteinander verbunden würden und in dem auch für die *force de frappe* Platz sei.<sup>4</sup>

Mr. Ball erwiderte, die amerikanische Haltung lasse sich folgendermaßen zusammenfassen: Die „letzte“ Entscheidung über den Einsatz nuklearer Waffen behielten sich die Vereinigten Staaten vor. Sie trügen eine weltweite Verantwortung und müßten weltweit abwehrbereit sein. Ganz abgesehen davon würden, falls die amerikanische Regierung eine europäische Teilhabe an dieser letzten amerikanischen Entscheidungsbefugnis je ins Auge fassen sollte, die gesetzgeberischen Schwierigkeiten wegen der Haltung des Kongresses so gut wie unüberwindbar sein. Von diesem Vorbehalt abgesehen, seien die Vereinigten Staaten bereit, in ihren Zugeständnissen an die Verbündeten sehr weit zu gehen. Wenn die MLF erst einmal errichtet sei, dann würde aus der Natur der Sache heraus die gesamte Nuklearstrategie einschließlich der Operations- und Zielplanung zu einer Gemeinschaftsaufgabe sich entwickeln. Die Zusammenarbeit werde im Laufe der Zeit immer enger werden und schließlich zu einer gemeinsamen Politik führen. Dies sei die Hoffnung, die man in der amerikanischen Regierung auf die MLF als politischen Integrationsfaktor setze.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Pfeffer am 19. November 1964 gefertigt.

Hat Staatssekretär Carstens am 19. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Bundesminister Schröder verfügte.

Hat Schröder am 20. November 1964 vorgelegen.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 338.

<sup>3</sup> Vgl. das Gespräch des Bundesministers Schröder mit Außenminister Gordon Walker am 15. November 1964; Dok. 334.

<sup>4</sup> Zum Konzept eines „Atlantischen Nuklear-Rats“ als übergeordneter Institution für die strategische Planung vgl. Dok. 337.

Der Herr *Staatssekretär* dankte für diese Darstellung und Bestätigung der amerikanischen Position, die wir verstünden. Für uns sei es überaus wichtig, daß wir vor der Anwendung oder auch Nichtanwendung atomarer Waffen konsultiert würden. Im übrigen müsse man sehen, wie sich die britischen Vorstellungen weiterentwickeln.

Mr. *Ball* stellte fest, die Vereinigten Staaten seien sehr glücklich darüber, daß Gordon Walker nicht die früheren nuklearen Vorstellungen Labours<sup>5</sup> vertrete; vor allem sei heute von einer Fusion der britischen und amerikanischen Atomstreitkräfte nicht mehr die Rede.

Der Herr *Staatssekretär* erinnerte in diesem Zusammenhang an das de Gaulle'sche Argument, die USA benutzten die MLF, um Europa durch ihr erdrückendes faktisches Übergewicht und durch ihr formelles Veto in ständiger Abhängigkeit zu halten.<sup>6</sup> Viele Franzosen, die nicht oder nicht unbedingt Gaullisten seien, seien der gleichen Überzeugung.

Mr. *Ball* erwiderte, wichtiger als der endgültige Einsatzbefehl sei eine gemeinsame Politik, die schließlich einen solchen Befehl nötig oder unnötig mache.

Auf die Frage des Herrn *Staatssekretärs*, was von den britischen Klagen über Personalmangel für die MLF zu halten sei, erklärte *Ball*, diese britischen Bedenken seien ihm unverständlich. Schließlich seien, vom Vertragsabschluß gerechnet, noch etwa drei Jahre Zeit bis zur Aufstellung der MLF. Diese Zeitspanne lasse sich für die Ausbildung geeigneter Besatzungen nutzen. Die Vereinigten Staaten seien gern bereit, den Briten entsprechende Ausbildungsmöglichkeiten zu verschaffen.

Der Herr *Staatssekretär* wiederholte sodann die Punkte, die ihm aus der britischen Position positiv erschienen:

- 1) Großbritannien trete für das Gleichheitsprinzip in der MLF ein. Deutschland und Italien sollten wie Großbritannien behandelt werden. Das gleiche würde für Frankreich gelten, wenn es sich zum Zutritt entschliesse.
- 2) Die Briten seien inzwischen für das Prinzip der Integration und der gemischten Besatzungen gewonnen.
- 3) Großbritannien sei der Auffassung, daß die MLF Bestandteil der atlantischen Verteidigungsgemeinschaft bleiben müsse. Die Europäisierungsklausel<sup>7</sup> müsse entsprechend formuliert werden. Den vollständigen „Auskauf“ der USA durch Europa lehne Großbritannien ab.
- 4) Den Briten schwebte eine gemeinsame Nuklearstrategie und Zielplanung vor. Sie dächten außerdem an nukleare Konsultationen für alle eventuellen Kriegsschauplätze in der Welt.

Ein weiterer Punkt, zu dem er, der *Staatssekretär*, noch nicht Stellung nehmen könnte, sei die britische Überlegung, eine Erklärung der Mitgliedstaaten über

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 266, Anm. 33.

<sup>6</sup> Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 318.

Zu den Modalitäten für einen Einsatz der MLF und zum Vetorecht der USA vgl. Dok. 238. Vgl. dazu auch Dok. 265.

<sup>7</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 330.

die Nichtverbreitung von Atomwaffen mit dem Abschluß des MLF-Vertrages zu koppeln. Er habe – und dies sei seine persönliche Meinung – erhebliche Bedenken, eine solche Erklärung gegenüber der Sowjetunion abzugeben. In einer bindenden Erklärung dieser Art gegenüber der Sowjetunion sähen wir ein Atout, das wir als möglichen Preis oder Teilpreis für die Wiedervereinigung bis zur Lösung der deutschen Frage in der Hand behalten möchten.

Mr. Ball erwähnte, Herr Erler habe ihm über sein Gespräch mit Gordon Walker berichtet, in dem offenbar die Bezeichnung der multilateralen Streitmacht eine Rolle gespielt habe. Man wolle vielleicht statt des Namens MLF die Bezeichnung Atlantische Nuklearstreitmacht wählen. Herr Erler habe sich dagegen ausgesprochen.

Der Herr *Staatssekretär* sagte, er sehe hierin kein ernstes Problem.

Mr. Ball kam dann noch einmal auf die britischen Vorschläge zur MLF zurück. Diese seien für Deutschland vielleicht auch deshalb interessant, weil sie eine größere Chance eröffneten, Frankreich einzubeziehen.

Der Herr *Staatssekretär* bezweifelte dies. Die Franzosen würden wahrscheinlich auf eine nach britischen Vorstellungen abgewandelte MLF ebensowenig eingehen wie auf das Projekt in der gegenwärtigen Form. Er habe mit Couve über die Europäisierungsklausel gesprochen, aber ohne Erfolg. Couve habe immer wieder auf das amerikanische Veto hingewiesen.<sup>8</sup> Er, der *Staatssekretär*, erwarte deshalb auf kurze Sicht keine positive französische Reaktion. Aber natürlich müsse man die längerfristige Entwicklung im Auge behalten. Auch in Frankreich gebe es Kräfte, die unserer Betrachtungsweise nahestünden.

Mr. Ball erklärte, de Gaulle winke zwar in vager Form mit einer Alternative, nämlich mit einer europäischen Atomstreitmacht, aber man müsse sich fragen, was er darunter verstehe. Er, Ball, jedenfalls glaube, die Absicht hinter dieser Alternative zu kennen: de Gaulle wünsche keine von einem föderativen Europa, sondern eine von Frankreich kontrollierte Atomstreitmacht. De Gaulle wolle die nukleare Entscheidungsgewalt mit niemandem teilen. Deshalb ziele er nicht auf eine wirkliche europäische Atomstreitmacht, und deshalb wolle er auch Großbritannien „draußen halten“.

Büro *Staatssekretär*, VS-Bd. 432

<sup>8</sup> Vgl. das Gespräch vom 24. Oktober 1964; Dok. 296.

**Bundeskanzler Erhard an Bundestagspräsident Gerstenmaier**AB-30104-1173<sup>III</sup>/64 VS-vertraulich16. November 1964<sup>1</sup>

Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident!

Für Ihr Schreiben vom 12. November 1964<sup>2</sup> betr. Ihren geplanten Besuch in Kairo danke ich Ihnen verbindlich. Lassen Sie mich dazu zunächst sagen, daß mir ein Gespräch zwischen Ihnen und Staatspräsident Nasser im gegenwärtigen Zeitpunkt wichtig erscheint. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dabei hervorheben wollten, daß die Bundesregierung dem Besuch Nassers in Deutschland mit großer Erwartung entgegenseht<sup>3</sup> und daß sie den ausführlichen Meinungsaustausch, der bei dieser Gelegenheit geführt werden wird, für sehr bedeutungsvoll ansieht.

Zwecks Beantwortung Ihrer Fragen nach einer Militärhilfe an Israel habe ich den Herrn Bundesminister der Verteidigung<sup>4</sup> gebeten, Sie über die deutsch-israelischen Abmachungen, soweit sie sein Ressort betreffen, zu unterrichten.<sup>5</sup> Ich bin allerdings nicht der Auffassung, daß Sie Herrn Nasser Ihrerseits über diese Vereinbarungen unterrichten sollten. Ich bitte Sie vielmehr, ihn darauf hinzuweisen, daß es sich um die Abwicklung von Vereinbarungen handelt, die schon vor längerer Zeit abgeschlossen wurden. Insofern fühlt sich die Bundesregierung an eine Einhaltung der Abmachungen gebunden. Die Bundesregierung sei jedoch grundsätzlich der Auffassung, daß ihre ursprüngliche Entscheidung, in Spannungsgebiete keine Waffen zu liefern<sup>6</sup>, nach wie vor die beste Verhaltensweise darstelle. Im übrigen würde die Bundesregierung diesen Komplex mit Nasser bei dessen Besuch in Bonn erörtern wollen.<sup>7</sup> Präsi-

<sup>1</sup> Abschrift.

Vortragender Legationsrat I. Klasse Schirmer vermerkte handschriftlich: „Schlußfassung des Briefes“.

Das Schreiben ging auf einen Entwurf von Schirmer vom 14. November 1964 zurück. Gemäß den handschriftlichen Korrekturen des Staatssekretärs Carstens wurde ein Konzept erstellt, das Carstens am 16. November 1964 dem Chef des Bundeskanzleramtes, Westrick, zuleitete. Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 422; B 150, Aktenkopien 1964. Für den Entwurf von Schirmer vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 105; B 150, Aktenkopien 1964.

Zu den wesentlichen Änderungen vgl. Anm. 7, 11 und 16.

<sup>2</sup> Vgl. Dok. 325.

<sup>3</sup> Zum Einladungsschreiben des Bundeskanzlers Erhard vom 12. November 1964 vgl. Dok. 326.

<sup>4</sup> Kai-Uwe von Hassel.

<sup>5</sup> Zur Ausrüstungshilfe für Israel vgl. Dok. 289.

Im Rückblick hielt Bundestagspräsident Gerstenmaier zur Frage der erbetenen Informationen fest: „Den Militärhilfevertrag bekam ich nicht zu Gesicht. Ich habe ihn bis heute nicht gesehen. Der Ministerialdirektor Dr. Mercker hatte eine schwere, ja unmögliche Aufgabe, als ihn seine Obrigkeit zu mir schickte, um mich über den Vertrag zu informieren. Ich schickte ihn wieder fort, als er mir – etwas bedrückt – mitteilte, den Vertrag habe er nicht mitgebracht. Mit Franz Josef Strauß hatte ich danach ein um so ernsteres und instruktiveres Gespräch.“ Vgl. GERSTENMAIER, Streit und Friede, S. 499.

<sup>6</sup> Vgl. dazu Dok. 54, Anm. 3.

<sup>7</sup> Dieser Satz wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich in den Entwurf des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „Diese Auffassung ist von

dent Nasser wird Sie vermutlich ebenfalls auf die Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Israel ansprechen. Ich bitte, ihm hierauf zu antworten, daß die Bundesregierung immer der Auffassung gewesen sei, daß die Normalisierung der Beziehungen zwischen Deutschland und Israel im Grundsatz notwendig ist. Ich habe mich selbst öffentlich in diesem Sinne geäußert und es als eine Frage des Wann und nicht als eine Frage des Ob bezeichnet.<sup>8</sup> Von der Aufnahme voller diplomatischer Beziehungen hat die Bundesregierung bisher Abstand genommen, um die deutsch-arabischen Beziehungen nicht über Gebühr zu belasten und schädliche Auswirkungen auf unsere Deutschlandpolitik zu vermeiden. Sie sollten Präsident Nasser jedoch darauf aufmerksam machen, daß es in der deutschen Öffentlichkeit nicht verstanden werde, warum die Araber dem deutschen Volke die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel verübeln, während 83 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen, darunter Marschall Tito, die Sowjetunion und verschiedene afroasiatische Staaten, mit Israel diplomatische Beziehungen unterhalten, ohne daß die arabischen Staaten hieraus Konsequenzen gezogen hätten. Die Bundesregierung beabsichtige zwar, ihre bisherige Haltung zu der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vorerst beizubehalten<sup>9</sup>, erwäge jedoch den Austausch nichtdiplomatischer Missionen, der schon aus praktischen Gründen notwendig werden würde.<sup>10</sup> Im übrigen würde es die Bundesregierung begrüßen, hierüber mit Präsident Nasser in einen Meinungsaustausch einzutreten.<sup>11</sup>

Zu der Frage der deutschen Wissenschaftler bitte ich Sie, Herrn Präsident Nasser dahingehend zu unterrichten, daß die Bundesregierung aus grundsätz-

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1333*

dem Herrn Bundesminister des Auswärtigen von Anfang an vertreten worden, und es könne vorausgesetzt werden, daß die Bundesregierung weitere Verträge dieser Art nicht mehr abzuschließen beabsichtige. Sollte von diesem Grundsatz infolge besonderer Umstände nochmals abgewichen werden müssen, so werde eine solche Entscheidung in jedem Falle – sofern sie Israel betrifft – Staatspräsident Nasser auf vertraulichem Wege vorher bekanntgegeben werden.“

<sup>8</sup> Bundeskanzler Erhard führte auf einer Pressekonferenz am 3. Dezember 1963 aus: „Unser Verhältnis zu Israel ist weniger geprägt und gekennzeichnet durch und findet nicht so sehr seinen Ausdruck in der Aufnahme diplomatischer Beziehungen, als vielmehr in der Verpflichtung des deutschen Volkes und in der auch praktisch geübten Hilfeleistung für all das, was aus deutscher Schuld dem jüdischen Volke erwachsen ist ... Die Frage diplomatischer Beziehungen scheint mir demgegenüber von etwas untergeordnetem Rang zu sein. Es ist nicht die Frage, ob wir sie aufnehmen, sondern es ist die Frage, wann wir sie aufnehmen.“ Vgl. BULLETIN 1963, S. 1910.

<sup>9</sup> Zur entsprechenden Erklärung des Staatssekretärs Carstens am 4. November 1964 vor dem Bundestag vgl. Dok. 308, Anm. 17.

<sup>10</sup> Mit der sich abzeichnenden Abwicklung des Wiedergutmachungsabkommens vom 10. September 1952 entfiel zum 31. März 1966 die bisherige formelle Grundlage im Verhältnis zu Israel, auf der auch die Tätigkeit der Israel-Mission in Köln beruhte.

Zu den Überlegungen, Handelsvertretungen mit Israel auszutauschen, vgl. zuletzt Dok. 315, besonders Anm. 15.

<sup>11</sup> Der Passus „Die Bundesregierung beabsichtige ... Meinungsaustausch einzutreten“ lautete im Entwurf des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer: „Die Bundesregierung beabsichtige zwar, ihre grundsätzliche Haltung zu der Frage der Aufnahme diplomatischer Beziehungen beizubehalten, erwäge jedoch in Richtung auf eine endgültige Normalisierung ihr Verhältnis zu Israel künftig so zu gestalten, wie Präsident Nasser seine Beziehungen mit Pankow geglaubt hat regeln zu müssen. Im übrigen würde es die Bundesregierung begrüßen, den hiermit begonnenen Meinungsaustausch mit Präsident Nasser fortzusetzen.“

lichen Erwägungen, die mit den bilateralen deutsch-arabischen bzw. deutsch-israelischen Beziehungen zu tun haben, den Erlaß eines Sondergesetzes nicht für zweckmäßig halte.<sup>12</sup> Die Bundesregierung wisse allerdings nicht, wie weit es ihr möglich sein wird, im Hinblick auf die Stimmung im Bundestag diese Politik auch im Parlament mit Erfolg durchzusetzen.<sup>13</sup> Sie würde es begrüßen, wenn Nasser wegen der Schwierigkeiten, in welche die Bundesregierung innen- wie außenpolitisch geraten sei, ihr durch einen freiwilligen Verzicht auf die Weiterbeschäftigung der deutschen Wissenschaftler entgegenkommen könnte. Nach unserer Auffassung sollte die Trennung der VAR-Regierung von den Raketenpezialisten möglichst unauffällig vor sich gehen.

Die Bundesregierung wird ihrerseits bemüht sein, auf dem Wege der Kapitalhilfe und der Technischen Hilfe und durch das Einräumen von Hermes-Bürgschaften Nasser bei dem großen Werke des industriellen Aufbaus der VAR weiterhin nach Kräften zu helfen.<sup>14</sup> Auch darüber möchte die Bundesregierung mit Präsident Nasser bei seinem Besuch in Bonn ausführlich sprechen. Zu dem von Ihnen erwähnten Projekt der Gewinnung von Süßwasser aus dem Meer<sup>15</sup> kann zur Zeit noch nicht Stellung genommen werden.<sup>16</sup>

Sollten Sie auf einen der vielfältigen Aspekte der angeschnittenen Fragen noch näher eingehen wollen, so stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.<sup>17</sup>

Mit verbindlichen Grüßen

Ihr  
gez. Ludwig Erhard

Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 105

<sup>12</sup> Zur Tätigkeit deutscher Experten in der ägyptischen Rüstungsindustrie und zu den Überlegungen, gesetzliche Maßnahmen gegen die Mitwirkung Deutscher an der Waffenproduktion fremder Staaten zu ergreifen, vgl. zuletzt Dok. 315.

<sup>13</sup> Die Opposition trat für entsprechende gesetzliche Maßnahmen ein und erhielt dabei Unterstützung aus Kreisen der Regierungsparteien. Zum Antrag der SPD-Fraktion vom 25. Juni 1964 für ein Zweites Ausführungsgesetz zu Artikel 26, Absatz 2 des Grundgesetzes vgl. Dok. 214, Anm. 4.

<sup>14</sup> Zur Wirtschaftshilfe für die VAR vgl. Dok. 280, Anm. 4, und weiter Dok. 345, besonders Anm. 6.

<sup>15</sup> Zu den Überlegungen der Bundesregierung, mit Rücksicht auf die Krise in den deutsch-arabischen Beziehungen bei der Errichtung einer atomar betriebenen Meerwasserentsalzungsanlage in der VAR mitzuwirken, vgl. Dok. 332.

<sup>16</sup> Der Passus „Auch darüber möchte ... Stellung genommen werden“ lautete im Entwurf des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Schirmer: „Was das von Ihnen erwähnte Projekt der Süßwassergewinnung auf atomarer Basis betrifft, ist die Bundesregierung der Auffassung, daß sie – abgesehen von der Finanzierungsfrage – in Anbetracht der israelischen Empfindlichkeit alleine nicht in der Lage wäre, ein solches Vorhaben durch deutsche Firmen ausführen zu lassen. Es wäre für die Bundesregierung wichtig zu wissen, ob Präsident Nasser einem solchen Projekt erste Priorität gegenüber den anderen zahlreichen Projekten des Fünfjahresplanes einräumt. Nasser sollte weiter unterrichtet werden, daß, wenn überhaupt, die Bundesregierung nur zusammen mit einem anderen westlichen Lande, vorzugsweise mit Frankreich, an die Errichtung einer solchen Anlage denken könne. Auch hier wäre es wichtig zu wissen, ob Präsident Nasser eine solche Zusammenarbeit erwünscht wäre.“

<sup>17</sup> Zum Besuch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier vom 20. bis 23. November 1964 in der VAR vgl. weiter Dok. 352.

## Gespräch des ehemaligen Bundeskanzlers Adenauer mit dem ehemaligen amerikanischen Hohen Kommissar McCloy

Z A 5-137.A/64

16. November 1964<sup>1</sup>

Herr Dr. Adenauer empfing am 16. November 1964 um 15 Uhr Herrn McCloy zu einem Gespräch.

Im Verlauf der Unterhaltung führte Herr McCloy folgendes aus: Auf die derzeitigen innerdeutschen Meinungsverschiedenheiten betreffend die gegenüber de Gaulle zu verfolgende Politik<sup>2</sup> eingehend sagte Herr McCloy, er habe den Eindruck, daß sich seit Abschluß des deutsch-französischen Vertrags<sup>3</sup> bei Herrn Dr. Adenauer eine zunehmend kritische Haltung gegenüber der amerikanischen Position bemerkbar mache und daß seine Vorwürfe gegenüber der Bundesregierung vor allem darin bestünden, daß de Gaulle nicht rücksichtsvoll genug behandelt worden sei und einige von ihm vertretene Grundsätze hier nicht aufgegriffen worden seien. Es sei von jeher zwischen Dr. Adenauer und ihm üblich gewesen, die Dinge offen beim Namen zu nennen, und so wolle er es auch bei dieser Begegnung halten. Es wäre falsch, wollte man annehmen, daß die amerikanische Regierung und die amerikanische Öffentlichkeit etwas gegen eine Aussöhnung und Annäherung an Frankreich habe. Es wäre dumm, diese Haltung einzunehmen, da Frankreich einer der ältesten Verbündeten der Vereinigten Staaten sei. Zweimal hätten die Amerikaner ihre jungen Menschen nach Europa in einen Krieg geschickt, der zwischen Deutschland und Frankreich ausgebrochen sei. Dies wolle man unter allen Umständen in Zukunft verhindern, und deswegen habe man sich von Anfang an für eine deutsch-französische Aussöhnung und einen Zusammenschluß Europas ausgesprochen. Angesichts der Drohung durch die Sowjets und die Chinesen sei diese Forderung um so wichtiger. In diesem System spiele die deutsch-französische Aussöhnung eine besondere Rolle. Seiner Auffassung nach sei es aber mit dieser Vorstellung nicht vereinbar, wenn Frankreich, vertreten durch de Gaulle, eine Art Achse wiederherstellen wolle oder eine Hegemonie innerhalb Europas anstrebe. De Gaulles Vorstellungen<sup>4</sup> bewegten sich noch in der Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts. Er habe deutlich zu verstehen gegeben, daß er von der NATO nicht viel halte, und mit seinem Rückzug aus der NATO gedroht, wenn seinen Vorstellungen nicht entsprochen werde.<sup>5</sup> In gleicher Weise habe er dem Osten langfristige Kredite gewährt.<sup>6</sup> Er wolle, daß sich die ameri-

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Weber am 24. November 1964 gefertigt.

<sup>2</sup> Zur Auseinandersetzung zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ vgl. Dok. 194, Anm. 1.

<sup>3</sup> Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

<sup>4</sup> Zu den außenpolitischen Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten vgl. auch Dok. 342.

<sup>5</sup> Zur Haltung des französischen Staatspräsidenten gegenüber der NATO vgl. besonders Dok. 180 und Dok. 187.

<sup>6</sup> Zum französisch-sowjetischen Handelsabkommen vom 30. Oktober 1964 vgl. Dok. 192, Anm. 5.

kanischen Streitkräfte aus Europa zurückzögen, andererseits wisse er aber, daß auch die Sicherheit Frankreichs und Europas von dem nuklearen Schutz der Vereinigten Staaten abhängen.

Seine Rückkehr zu einer Achsenpolitik und zu der von ihm vertretenen Form des Nationalismus sei heute viel zu gefährlich, da dies zu ernsthaften Abenteuer führen könnte. Die Wahrscheinlichkeit einer individuellen Annäherung an Moskau sei viel geringer, wenn die Integration zwischen den Staaten größer wäre. Über das Ausmaß der französischen Propaganda in Frankreich selbst, in Deutschland und auch in Großbritannien sei man entsetzt, denn im Grunde laufe sie auf die Behauptung hinaus, den Amerikanern sei nicht zu trauen. Dies sei auch der Tenor einer Veröffentlichung von General Gallois gewesen.<sup>7</sup>

Die Amerikaner stellten andere Länder bestimmt nicht vor die Entscheidung, zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich zu wählen. Die Wahl gehe vielmehr um zwei Arten der Politik, wovon die eine die Politik des 19. Jahrhunderts sei, die andere aber jene, die von 1948/49 an mit der Errichtung der Kohle- und Stahl-Gemeinschaft<sup>8</sup>, des Gemeinsamen Marktes<sup>9</sup> usw. verfolgt worden sei. Die Wahl müsse nicht zwischen zwei Ländern oder zwei Personen getroffen werden, sondern zwischen zwei Konzeptionen: einem integrierten Europa, das ein Partner der Vereinigten Staaten sei, oder einem separierten Europa mit einer eigenen militärischen Streitmacht. Es sei der Mangel an Vertrauen, der in den Vereinigten Staaten Beunruhigung auslöse.

Bei seinem letzten Gespräch mit François-Poncet habe ihm dieser auch gesagt, man wisse ja gar nicht, was hinter dem Rücken der Verbündeten zwischen Amerika und der Sowjetunion vorgehe. Es sei nur bekannt, daß eine ganze Reihe von Botschaften ausgetauscht worden seien. Darauf habe er nur geantwortet, daß über den sogenannten heißen Draht<sup>10</sup> bisher nur Nachrichten ausgetauscht worden seien, die im Zusammenhang mit der Abrüstung und dem Abschluß des Teststoppabkommens<sup>11</sup> gestanden hätten. Was die Deutschlandfrage angehe, seien keinerlei Botschaften ausgetauscht oder Abmachungen getroffen worden.

Er habe den Eindruck, wenn er dies freimütig sagen dürfe, daß sich Herr Dr. Adenauer in seinem Urteil nicht so sehr von Prinzipien, sondern von Persönlichkeiten bestimmen lasse. Zu Dulles und Acheson habe er sicher ein besseres Verhältnis gehabt als zu Kennedy, der außerdem durch die ihn umgebenden Professoren von Harvard wahrscheinlich Mißtrauen in Dr. Adenauer erregt habe. De Gaulle wiederum genieße die volle Sympathie Dr. Adenauers. De Gaulles Politik aber sei überlebt und speise sich aus den Wurzeln des 19. Jahr-

<sup>7</sup> Vgl. dazu bereits Dok. 254, Anm. 19.

<sup>8</sup> Für den Wortlaut des Vertrags vom 18. April 1951 über eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl vgl. BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 447–504.

<sup>9</sup> Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

<sup>10</sup> Am 31. August 1963 wurde zwischen Moskau und Washington eine direkte Fernschreibverbindung in Betrieb genommen, deren Einrichtung am 20. Juni 1963 vereinbart worden war. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1963, Z 193 f. und D 391–393.

<sup>11</sup> Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

hunderts. Er kenne de Gaulle persönlich sehr gut seit langen Jahren und wisse, daß er ein sehr charmanter und eindrucksvoller Mann sein könne.

Abschließend erklärte sich Herr McCloy bereit, mit Herrn Dr. Adenauer in einen persönlichen Briefwechsel einzutreten, wann immer er ihm eine Nachricht zukommen lassen wolle. Er könne, falls dies Herr Dr. Adenauer für nützlich oder erforderlich halte, auch dafür sorgen, daß Vorstellungen und Überlegungen Herrn Dr. Adenauers an den Präsidenten<sup>12</sup> oder Mitglieder der Regierung gelangen.

Das Gespräch endete gegen 16.20 Uhr.

Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Bestand II/106

## 342

### Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen

I A 3-82.00/94.07/3363/64 VS-vertraulich

16. November 1964<sup>1</sup>

#### Die Außenpolitik de Gaulles

##### I. Persönlichkeit de Gaulles

De Gaulle ist eine starke Persönlichkeit von ausgeprägtem, durch die Erfolge der Vergangenheit noch gesteigertem Selbstgefühl, reich begabt mit Intelligenz, Instinkt und Intuition und erfüllt von einem tiefen Glauben an seine historische Sendung und die Überlegenheit des französischen Wesens in der Welt. Es gehört zu seinen Grundsätzen, seine wahren Absichten solange wie möglich zu verschleiern, um auf diese Weise Unruhe und Furcht vor Überraschungen zu nähren, die er als wesentliche Mittel einer erfolgreichen Politik betrachtet. Brüske Erklärungen brauchen bei ihm nicht immer brüske Wendungen seiner Politik zu bedeuten. Sein Buch „Le fil de l'épée“<sup>2</sup>, in dem er seine politische und militärische Philosophie darlegt, hat er mit dem Motto versehen „Etre grand, c'est soutenir une grande querelle“.

<sup>12</sup> Lyndon B. Johnson.

<sup>1</sup> Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Steg als Beitrag für die Konferenzmappe zum Besuch des Bundesministers Schröder am 23./24. November 1964 in Washington konzipiert und mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Jansen an Staatssekretär Carstens geleitet.

Hat Carstens am 18. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Schröder verfügte.

Hat Schröder am 18. November 1964 vorgelegen.

<sup>2</sup> Charles DE GAULLE, *Le fil de l'épée*, Paris 1932.

## II. Grundlegende Orientierung der Außenpolitik de Gaulles

Die Niederlage von 1940<sup>3</sup> und der Verlust des Kolonialreichs haben nach de Gaulles Auffassung dem französischen Selbstgefühl schweren Schaden zugefügt. Seine Politik ist daher vornehmlich darauf gerichtet, die überkommenen französischen Positionen in neuen Formen zu halten oder zurückzugewinnen und dadurch den zutiefst getroffenen französischen Nationalstolz wieder zu stärken.

Zunächst erstrebt de Gaulle für Frankreich und genauso für ein geeintes „europäisches“ Europa die Rolle einer weitaus stärkeren Kraft im atlantischen Bündnis, die auf voller Gleichberechtigung beruhen muß.<sup>4</sup> In diesem Europa soll Frankreich eine hervorragende Rolle spielen können. Da die USA nach seiner Auffassung nicht bereit sind, Europa diese Rolle zuzubilligen, muß sie erkämpft werden. Nach de Gaulles Vorstellungen dürfen die künftigen Beziehungen gegenwärtig nicht durch Abmachungen von weitreichender Wirkung zwischen den USA und einzelnen europäischen Ländern belastet werden.

Der Gaullismus sieht in der amerikanischen Politik kein Angebot einer auf wirklicher Gleichberechtigung beruhenden Zusammenarbeit, sondern den Versuch, die nach dem Krieg entstandene amerikanische Vorherrschaft in Europa zu institutionalisieren, um die Einigung und Verselbständigung Europas zu verhindern. Die USA tragen nach Ansicht de Gaulles den alten Traditionen, geschichtlichen Leistungen und den heutigen Möglichkeiten Europas zu wenig Rechnung.

Daher muß nach den Vorstellungen de Gaulles eine wirkliche europäische Politik angestrebt werden. Diese europäische Politik muß von der der USA unabhängig verlaufen können, falls die Amerikaner die europäischen Belange nicht hinreichend berücksichtigen. De Gaulle betont immer wieder die Notwendigkeit des Bündnisses mit den USA, solange die sowjetische Bedrohung andauert. Dieses Bündnis darf aber nach seiner Ansicht nicht über die Form einer klassischen Allianz hinausgehen; es darf nicht den Charakter der praktisch nicht mehr lösbaren Verschmelzung durch Integration der Streitkräfte annehmen.

Zu einer eigenständigen, von den USA weitgehend unabhängigen Politik werden aber Frankreich und das sich um Frankreich scharende Europa nach den Vorstellungen des Generals nur dann in der Lage sein, wenn sie über eine ausreichende eigene Macht verfügen. Diese kann heute nur in einer mit nuklearen Waffen ausgerüsteten Streitmacht gesehen werden.

Die Abneigung de Gaulles gegen ein von den USA abhängiges Europa findet ihre Begründung einerseits in seiner Vorstellung von dem Gewicht und dem Prestige dieses Kontinents, insbesondere aber Frankreichs, in dieser Welt. Sie gründet sich aber auch auf die Überlegung, daß weder der Schutz Europas

<sup>3</sup> Am 22. Juni 1940 wurde bei Compiègne der Waffenstillstand zwischen Frankreich und dem Deutschen Reich geschlossen. Für den Wortlaut vgl. ADAP, D, IX, Dok. 523.

<sup>4</sup> Zu den europapolitischen Vorstellungen des französischen Staatspräsidenten vgl. auch seine Stellungnahmen gegenüber Bundeskanzler Erhard am 3./4. Juli 1964; Dok. 180 und Dok. 187. Zu öffentlichen Ausführungen auf der Pressekonferenz am 23. Juli 1964 in Paris vgl. Dok. 218.

noch die Vertretung seiner Interessen gegenüber der kommunistischen Welt auf die Dauer den USA anvertraut werden können. Immer wieder weist er darauf hin, daß die Politik kommender USA-Präsidenten eine andere sein kann als die heutige. De Gaulle hat den Verlust der osteuropäischen Satelliten-Staaten an den kommunistischen Machtblock nicht verwunden. Er ist der Ansicht, daß die USA und Großbritannien am Ende des 2. Weltkrieges der Sowjetunion diese Gebiete geopfert haben, ohne daß Frankreich damals diese Wendung verhindern konnte. Auch heute scheint de Gaulle ein Arrangement USA/Sowjetunion zu befürchten, das auf eine Abgrenzung der Interessensphären der beiden großen nuklearen Mächte hinausläuft, wobei in Europa der jetzige Status – Satelliten-Staaten im kommunistischen Machtbereich, Teilung Deutschlands – mehr oder minder beibehalten werden würde.<sup>5</sup>

Gegenüber diesen Kräften der Beharrung und der Erhaltung des Status quo sieht de Gaulle die Möglichkeit einer pluralistischen Außenpolitik, bei der Europa seine eigenen Interessen und Ziele verfolgt. An die Stelle der Vorstellung von zwei weltbeherrschenden Machtblöcken tritt für de Gaulle das Bild mehrerer weltpolitischer Kräftefelder, deren Ströme von verschiedenen Zentren ausgehen. Diese dynamische Konzeption würde nach seiner Ansicht bessere Möglichkeiten eröffnen, die europäischen Satelliten-Staaten wieder der freien Welt zuzuführen und die deutsche Wiedervereinigung zu verwirklichen, als die eher statische der amerikanischen Regierung.

Die Forderung de Gaulles nach einer wirklichen europäischen Politik und seine Ansicht, daß sowohl seine Partnerstaaten in den europäischen Gemeinschaften wie Großbritannien deren Notwendigkeit noch nicht erfaßt haben, dürfte der Hauptgrund für seine Weigerung sein, die Formen der Integration auf die nicht von den Gemeinschaftsverträgen<sup>6</sup> erfaßten Gebiete anzuwenden. Frankreich muß nach Meinung de Gaulles, solange nicht eine für Frankreich akzeptable gemeinsame Politik erarbeitet ist, die Hände freibehalten; es muß stellvertretend für Europa handeln, solange die europäischen Staaten noch nicht bereit sind, die de Gaullesche Politik mitzumachen; Frankreich kann so lange nicht das Risiko eingehen, sich einer Mehrheit fügen zu müssen.

Trotz erheblicher Bedenken, die de Gaulle im Sommer 1960 gegen die integrierten Gemeinschaften erhob<sup>7</sup>, ist die Haltung Frankreichs in den drei Gemeinschaften von Vertragstreue und Loyalität getragen, allerdings unter starker Betonung der spezifisch französischen Interessen (Agrarpolitik). Frankreich wacht darüber, daß die Organe der Gemeinschaften sich streng im Rahmen der ihnen durch die Verträge gesetzten Befugnisse halten. Es hat sich immer gegen Versuche gestellt, die Kompetenzen der Gemeinschaften durch großzügige Interpretation der Verträge auszuweiten. Frankreich zeigt sich ab-

<sup>5</sup> In dieser Weise äußerte sich der französische Staatspräsident in der deutsch-französischen Regierungsbesprechung am 4. Juli 1964. Vgl. dazu Dok. 188.

<sup>6</sup> Zu den Römischen Verträgen vom 25. März 1957 vgl. Dok. 7, Anm. 7.

<sup>7</sup> In den Gesprächen mit Bundeskanzler Adenauer am 29./30. Juli 1960 in Rambouillet sprach sich der französische Staatspräsident gegen eine verstärkte supranationale Entwicklung der EWG und gegen die militärische Integration in der NATO aus. Vgl. dazu ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 59–67.

Am 5. September 1960 erläuterte er seine ablehnende Haltung auch öffentlich. Für den Wortlaut der Pressekonferenz vgl. DE GAULLE, Discours et messages, Bd. 3, S. 234–251.

lehnend gegenüber Versuchen, die Integration zu verstärken, wie z.B. durch Zuweisung echter parlamentarischer Befugnisse an das Europäische Parlament und dessen direkte Wahl.<sup>8</sup>

Dennoch wäre es wohl verfehlt anzunehmen, daß de Gaulle für Europa eine fortschreitende Integration, wie auch die Möglichkeit einer Gesamtintegration bis zu einer europäischen Konföderation und gar Föderation völlig ausschließt. Für solche Konstruktionen ist für ihn aber die Zeit noch nicht gekommen. Solche Lösungen dürften für ihn jedenfalls nur dann in Betracht kommen, wenn Europa sich über eine gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik geeinigt haben wird, die etwa den de Gaulleschen Vorstellungen entspricht. Letztlich dürfte de Gaulle für Europa die Rolle einer dritten Kraft anstreben, die, wenn es die europäischen Interessen erfordern, mit den USA verbündet ist, jedoch nicht immer und nicht unbedingt zu diesem USA-Bündnis zu stehen braucht. Jedenfalls dürfte es sein Bestreben sein, zumindest gegenüber den Sowjets als dritte Kraft aufzutreten, um eine neue Basis für eine europäische Ostpolitik zu gewinnen.

### III. Verhältnis Frankreich/Sowjetunion

In der Betonung der Eigenständigkeit Europas und de Gaulles Auffassung von einem harmonischen Weltgleichgewicht zwischen mehreren politischen Kräftefeldern liegt ein gewisses Angebot an den Ostblock. Eine merkliche Besserung des Klimas der französisch-sowjetischen Beziehungen ist in der Tat in jüngster Zeit eingetreten.<sup>9</sup> Die Initiative zur Intensivierung der bilateralen Kontakte hat eindeutig bei der Sowjetunion gelegen.

De Gaulle dürfte eine gewisse Entspannung des französisch-sowjetischen Verhältnisses nicht unwillkommen sein:

- Die französische Industrie muß sich wegen nicht ausgenutzter Kapazitäten neue Absatzmärkte sichern;
- die im Jahre 1965 bevorstehenden Präsidentenwahlen in Frankreich<sup>10</sup> veranlassen ihn, den Linkskräften in seiner Außenpolitik möglichst wenig Angriffsfläche zu bieten;
- die amerikanisch-sowjetischen Entspannungsbemühungen lassen es ihm angezeigt erscheinen, sich stärker als bisher einzuschalten, um Frankreichs europäische Interessen zu wahren;

<sup>8</sup> Nach Artikel 138, Absatz 3 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957 war die Einführung der Direktwahl des Europäischen Parlaments vorgesehen, sobald entsprechende Regelungen vom EWG-Ministerrat beschlossen und durch die Mitgliedstaaten angenommen wären. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 859 f.

Zur Haltung Frankreichs führte Botschafter Blankenhorn, Paris, bereits am 15. Februar 1963 aus, Staatspräsident de Gaulle wünsche „keinen Ausbau der Europäischen Versammlung zu einer echten, direkt gewählten parlamentarischen Körperschaft mit Gesetzgebungsrecht und erweiterten Kontrollfunktionen.“ Vgl. AAPD 1963, I, Dok. 94.

Zur französischen Ablehnung einer Ausdehnung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 273, Anm. 8.

<sup>9</sup> Vgl. dazu auch Dok. 307, Anm. 43.

<sup>10</sup> Die Präsidentschaftswahlen fanden in zwei Wahlgängen am 5. und 19. Dezember 1965 statt.

- die französisch-sowjetische Klimabesserung erhöht in de Gaulles Augen Frankreichs Wert als Bündnispartner;
- eine weitere Auflockerung der westlichen Allianz durch Ausgestaltung bilateraler französisch-sowjetischer Kontakte soll auch im Ostblockbereich nationale Bestrebungen fördern und dessen weitere Auflockerung bewirken; sie zielt damit auf eine Schwächung des bipolaren Mächtesystems ab;
- Deutschland wird durch die Besserung des französisch-sowjetischen Verhältnisses der besondere Wert der deutsch-französischen Zusammenarbeit veranschaulicht<sup>11</sup>;
- es wird eine weitere Sicherung gegen die in französischen Augen nie ganz beseitigte Gefahr geschaffen, daß Deutschland eines Tages eine Art Mittlerrolle zwischen West- und Osteuropa übernehmen könnte<sup>12</sup>;
- der Tatsache, daß der Kommunismus als Ideologie weltweite Ambitionen hat, mißt de Gaulle keine wesentliche Bedeutung bei. Er neigt dazu, die reale politische Wirkung von Ideologien zu unterschätzen.

Ein Besuch de Gaulles in Moskau, auch wenn er gegenwärtig noch nicht in Frage steht, kann für eine absehbare Zeit nicht unter allen Umständen ausgeschlossen werden.<sup>13</sup> (Es würde sich dann um die Erwiderung des Chruschtschow-Besuches in Frankreich vom Frühjahr 1960<sup>14</sup> handeln.)

#### IV. Verhältnis Frankreich/Deutschland<sup>15</sup>

Eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Durchführung seiner Politik ist für de Gaulle die deutsch-französische Einigung. Ohne sie sind seine Vorstellungen kaum durchzusetzen. Er braucht die deutsch-französische Zusammenarbeit, um Frankreichs Stimme gegenüber den USA und seinen europäischen Partnern größeres Gewicht zu verleihen. Zudem fürchtet die französische Politik eine Hinwendung Deutschlands zum Osten, die durch ein festes deutsch-französisches Bündnis verhindert werden soll.

De Gaulles Versuch, die Bundesrepublik Deutschland für seine Politik zu gewinnen und gleichzeitig wirksam mit Frankreich zu verbinden, war jedoch vorerst kein Erfolg beschieden. Er fürchtet nun, daß es der wirtschaftlich starken Bundesrepublik Deutschland mit ihrer zahlreichen Bevölkerung gelingen könnte, mit Hilfe der USA und anderer europäischer Staaten zu Lasten Frankreichs eine Schlüsselstellung in Europa zu erlangen. Dieser Entwicklung sucht er dadurch vorzubeugen, daß er Deutschland die politischen Vorteile entzieht, welche die deutsch-französische Zusammenarbeit und das entschiedene Eintreten de Gaulles für das deutsche Volk boten; diesem Versuch kommen die immer noch in vielen Ländern verbreiteten antideutschen Res-

<sup>11</sup> Dieser Passus wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Fragezeichen am Rand.

<sup>12</sup> Dieser Passus wurde von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Ausrufezeichen am Rand.

<sup>13</sup> Der französische Staatspräsident hielt sich vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 zu einem Staatsbesuch in der UdSSR auf.

<sup>14</sup> Der sowjetische Ministerpräsident hielt sich vom 23. März bis 3. April 1960 zu einem Staatsbesuch in Frankreich auf. Vgl. dazu *EUROPA-ARCHIV* 1960, Z 36 und Z 53 f. Vgl. auch DE GAULLE, *Mémoires d'espoir. Le renouveau 1958-1962*, S. 237-246.

<sup>15</sup> Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 27. Juli 1964; Dok. 210.

sentiments entgegen. Ein enges deutsch-französisches Verhältnis liegt für de Gaulle wohl nicht mehr im Zentrum seiner außenpolitischen Aktivität, bleibt aber als Chance einer vorausschauenden französischen Außenpolitik erhalten. Die Hoffnung auf eine Änderung der deutschen Einstellung zur französischen Politik hat er nicht aufgegeben.

#### V. Zukunftsperspektiven

Für unsere Überlegungen sollte nicht übersehen werden, daß de Gaulle keine Dauererscheinung des französischen politischen Lebens ist. Seine Nachfolger werden gemäßiger sein, sich im europäischen Bereich kooperativer zeigen und weltpolitische Alleingänge unterlassen. Allerdings ist kaum damit zu rechnen, daß die Nachfolger de Gaulles den Aufbau der französischen Atomstreitmacht einstellen und die Struktur der NATO in ihren ursprünglichen Formen ohne Einschränkung hinnehmen werden. Insoweit dürfte eine der Ursachen des amerikanisch-französischen Gegensatzes auch mit de Gaulles Nachfolgern bestehen bleiben.

Jansen

Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 38

343

### Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens

St.S. 2143/64 geheim

17. November 1964

Betr.: Frankreich und die MLF<sup>1</sup>

Bei einem Essen, das ich am 16. November 1964 für die Liga für Selbstbestimmung<sup>2</sup> gab, saß der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung, Maurice Schumann, Mitglied des MRP, mit einer besonderen Vertrauensstellung zu de Gaulle, neben mir. Wir unterhielten uns lange über die MLF.

Schumann argumentierte unter anderem, die MLF zerstöre die europäische Zusammenarbeit. Ich antwortete, diese Behauptung sei für mich unverständlich; denn die Europäisierungsklausel des MLF-Vertrages<sup>3</sup> habe gerade den Zweck, dieses Projekt mit dem Projekt einer europäischen politischen Union in Einklang zu bringen. Im übrigen habe Frankreich niemals gesagt, wie es sich eine europäische Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung und speziell der nuklearen Verteidigung vorstelle. Herr Schumann gab zu, daß darin eine Schwäche der französischen Position liege, sagte dann aber, der General

<sup>1</sup> Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 319.

<sup>2</sup> Zur Tagung der Liga für Selbstbestimmung in Bonn vgl. den Artikel „Für aktivere Ostpolitik“, GENERAL-ANZEIGER, Nr. 22799 vom 17. November 1964, S. 2.

<sup>3</sup> Zur Europäisierungsklausel vgl. zuletzt Dok. 330.

habe doch einmal mit mir darüber gesprochen. Als ich ihn erstaunt ansah, sagte Schumann, er wisse genau Bescheid.<sup>4</sup> Man habe kürzlich erwogen, ob man den Inhalt der Unterhaltung zwischen dem General und mir öffentlich bekanntgeben sollte, habe aber dann doch davon abgesehen. (Es besteht für mich kein Zweifel, daß Schumann auf mein Gespräch mit dem General in Schloß Ernich anspielte, vgl. meine Aufzeichnung vom 6.7.1964 – St.S. 1291/64 geh<sup>5</sup>. –) Ich antwortete, die Äußerungen des Generals seien alles andere als präzise gewesen. Im Grunde habe er nur eine Frage gestellt.<sup>6</sup>

Im weiteren Verlauf unseres Gesprächs sagte Schumann, der General brenne darauf, die Frage einer Europäisierung der Force de frappe mit uns zu erörtern.

Ich wiederhole meinen Vorschlag vom 27. Juli 1964 – St.S. 1415/64 geh<sup>7</sup>. –, die Franzosen zu fragen, was sie sich unter einer Europäisierung der Force de frappe vorstellten.

Hiermit dem Herrn Minister<sup>8</sup> vorgelegt.

Carstens

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 432

<sup>4</sup> Im Rückblick führte Staatssekretär Carstens dazu aus, er sei nach den Andeutungen von Staatspräsident de Gaulle am 4. Juli 1964 über die Möglichkeit einer Mitwirkung der Bundesrepublik beim Aufbau der Force de frappe vom Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses der französischen Nationalversammlung angesprochen worden: „Maurice Schumann sagte, er wisse davon. Das sei doch eine sehr wichtige Erklärung gewesen. Aber mehr wollte auch Schumann nicht sagen.“ Vgl. CARSTENS, Erinnerungen, S. 272.

<sup>5</sup> Vgl. Dok. 186.

<sup>6</sup> Bereits am 13. November 1964 bat die SPD-Abgeordnete Strobel Bundesminister Schröder im Bundestag um Klärung, ob der Bundesregierung ein Ersuchen bekannt sei, „die französische Regierung finanziell beim Aufbau der französischen Atomstreitmacht zu unterstützen“, und ob ihr Vorschläge unterbreitet worden seien, „die ein deutsches Einwirkungsrecht auf eine französisch-europäisch genannte Atomstreitmacht mindestens in dem Umfange vorsehen, wie es in der MLF für die Bundesregierung vorgesehen ist“. Beide Fragen wurden von Schröder verneint. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 56, S. 7233.

<sup>7</sup> Vgl. Dok. 210.

<sup>8</sup> Hat Bundesminister Schröder am 18. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich für Staatssekretär Carstens vermerkte: „R[ücksprache]. Erörterung mit dem Kanzler – die Franzosen können doch wohl kaum erwarten, daß wir zwei Jahre über MLF bis zur Unterschriftsreife verhandeln und dann auf vage Andeutungen hin abspringen!“

Carstens vermerkte am 21. November 1964 handschriftlich: „R[ücksprache] u[nd] Gespräch mit dem B[undes]k[anzler] hat am 19.11.[19]64 im Zuge nach Darmstadt stattgefunden.“

Zur französischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. weiter Dok. 350.

**Deutsch-französische Konsultationsbesprechungen**

I A 1-80.11/3572/64 VS-vertraulich

17. November 1964<sup>1</sup>

Betr.: Deutsch-französische Konsultationen auf der Ebene der Abteilungsleiter;  
hier: Besprechungen zwischen den Leitern der beiden Politischen Abteilungen in Bonn am 17. November 1964

Teilnehmer: siehe Anlage<sup>2</sup>

Vor Eintritt in die Tagesordnung bestätigt Herr D I<sup>3</sup> den Wunsch des Herrn Ministers, den französischen Außenminister in Paris in den ersten Dezembertagen zu treffen.<sup>4</sup> Dieser Wunsch sei M. Habib-Deloncle bereits mitgeteilt worden.

**I. Europäische Themen****1) Deutsche Vorschläge über die europäische politische Zusammenarbeit der EWG-Staaten**

M. *Lucet* dankt für die während der Ausarbeitung der deutschen Vorschläge von der deutschen Seite gegebenen ausführlichen Informationen und für die Übermittlung des deutschen Memorandums.<sup>5</sup> Das deutsche Memorandum, von dem er nur den politischen Teil besprechen wolle, erscheine im allgemeinen als interessant und nützlich. Das besondere Verdienst der Vorschläge liege darin, daß sie auf eine baldige Konferenz der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften hinzielten.<sup>6</sup> Die diesbezügliche deutsche Erklärung sei wohl durch die Äußerungen des englischen Außenministers im Laufe der WEU-Ministerratssitzung<sup>7</sup> nicht geändert worden.

<sup>1</sup> Die Gesprächsaufzeichnung wurde durch Referat I A 1 gefertigt und mit Begleitvermerk des Ministerialdirektors Jansen vom 8. Dezember 1964 an Staatssekretär Carstens geleitet. Hat Carstens am 11. Dezember 1964 vorgelegen.

<sup>2</sup> Dem Vorgang beigelegt. Teilnehmer auf deutscher Seite: Ministerialdirektor Jansen, Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath, Legationsrat I. Klasse Lang, Legationsrat Fischer, Dolmetscherin Siebourg; auf französischer Seite: Abteilungsleiter Lucet, Gesandter Graf d'Aumale, Botschaftsrat de La Gorce, Botschaftsrat Henry.

<sup>3</sup> Ministerialdirektor Jansen.

<sup>4</sup> Vgl. das Gespräch des Bundesministers Schröder mit Außenminister Couve de Murville am 9. Dezember 1964; Dok. 377.

<sup>5</sup> Zur Europa-Initiative der Bundesregierung und zu ihrer Übermittlung an Außenminister Couve de Murville am 4. November 1964 vgl. Dok. 311.

Zu den vorangegangenen Konsultationen mit der französischen Regierung vgl. Dok. 268, besonders Anm. 10, und Dok. 273.

<sup>6</sup> In der Vorbemerkung zur Europa-Initiative regte die Bundesregierung an, den die Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik betreffenden ersten Teil der Vorschläge „auf einer Regierungskonferenz der sechs Staaten zu erörtern“. Vgl. BULLETIN 1964, S. 1536.

<sup>7</sup> Außenminister Gordon Walker erklärte am 16. November 1964 in Bonn, Großbritannien strebe keine Wiederaufnahme der Verhandlungen über einen EWG-Beitritt an, „wünsche jedoch von Anfang an an Gesprächen über [eine] politische Union beteiligt zu werden; er bedauere, daß dies

Das französische Außenministerium sei noch nicht in der Lage, eingehend zu den deutschen Vorschlägen Stellung zu nehmen. Dies erscheine im übrigen solange schwierig, als im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften konkrete Sachprobleme, wie etwa die Frage des gemeinsamen Agrarmarktes, so umstritten seien.<sup>8</sup> Es müsse als zweifelhaft angesehen werden, ob vor der Lösung derartiger Streitfälle die vorgesehene Regierungskonferenz einberufen werden könne. Wenn auch keineswegs eine endgültige Lösung dieses Problems oder des Problems der MLF zuvor vorliegen müsse, so sei es doch unbestreitbar, daß eine gewisse Klärung erfolgt sein müsse, ehe mit Aussicht auf eine Einigung die deutschen Vorschläge unter den Sechs diskutiert werden könnten.

Unter diesen Vorbehalten sei von französischer Seite zur Zeit folgendes zum Teil I der deutschen Vorschläge zu bemerken:

Mit Dankbarkeit sei in Paris vermerkt worden, daß sich in den deutschen Vorschlägen das Ergebnis der deutsch-französischen Konsultationsgespräche niederschläge. Die Erwähnung des deutsch-französischen Vertrages als eines der Grundsteine der angestrebten europäischen politischen Zusammenarbeit<sup>9</sup> sei ebenfalls begrüßt worden.

Zu Einzelfragen in den deutschen Vorschlägen sei folgendes zu bemerken:

#### Form der Übereinkunft

Das französische Außenministerium sähe nach wie vor eine Alternative zu dem deutschen Vorschlag einer förmlichen Regierungsübereinkunft in einer formlosen Aufnahme von Konsultationen. Man wisse wohl die in dem deutschen Vorgehen liegenden Vorteile einer die Regierungen eindeutiger verpflichtenden Abmachung zu schätzen, befürchte jedoch, daß die Verhandlungen über ein solches Übereinkommen die bekannten Streitpunkte in einer Weise aufleben lassen würden, die den Abschluß unmöglich machten.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* erwidert, daß wir die Streitpunkte aus den Verhandlungen über das Regierungsabkommen herauszuhalten gedächten, indem wir die Vorbereitung des Vertrages über die Union in einen späteren Zeitpunkt verlegten. Unter diesen Umständen erschien uns der Abschluß eines derartigen Übereinkommens vorteilhafter zu sein, da die sechs Regierungen damit immerhin in einen festen, nicht ohne weiteres zu sprengenden Rahmen eingefügt würden.

#### *Fortsetzung Fußnote von Seite 1345*

in [den] deutschen Vorschlägen nicht vorgesehen sei“. Vgl. den Drahterlaß des Ministerialdirektors Jansen vom 23. November 1964; Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 39; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>8</sup> Zu den ausstehenden Entscheidungen im Bereich des EWG-Agrarmarkts vgl. Dok. 318, Anm 14.

<sup>9</sup> In der Vorbemerkung zur Europa-Initiative erklärte die Bundesregierung: „Die Initiative zu verstärkter politischer Zusammenarbeit in Europa muß eine multilaterale Bemühung sein, die primär den sechs Ländern obliegt. Sie wird nur zum Erfolge führen, wenn sie die besonderen Beziehungen nutzt, die durch den deutsch-französischen Vertrag vom 22. Januar 1963 zwischen diesen beiden Ländern bestehen.“ Vgl. BULLETIN 1964, S. 1535.

Für den Wortlaut des Vertrags vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

### Ausgangspunkt der deutschen Vorschläge

[M. Lucet:] Als Ausgangspunkt der deutschen Vorschläge sei neben den Ergebnissen früherer Verhandlungen die Anregung von Außenminister Spaak<sup>10</sup>, die Empfehlung Nr. 104 der WEU-Versammlung<sup>11</sup> und die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Dezember 1961<sup>12</sup> genannt worden. Bedeute diese Nennung eine Identifizierung mit dem Inhalt der jeweiligen Vorschläge? Dies sei besonders angesichts der Tatsache verwunderlich, daß die WEU-Versammlung an die sieben WEU-Mitgliedstaaten gerichtet sei und somit eine politische Zusammenarbeit zu Sieben anstrebe.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* erwidert, daß bei der Ausarbeitung der deutschen Vorschläge gewisse Anregungen aus allen Überlegungen europäischer Gremien entnommen worden seien, ohne daß sich die Bundesregierung den Inhalt völlig zu eigen gemacht habe. Bei der Empfehlung der WEU-Versammlung gelte dies in erster Linie für die dort vorgeschlagene Einrichtung eines Rates der Weisen<sup>13</sup>; im übrigen sei zwar die Empfehlung an die sieben WEU-Staaten gerichtet; aus der Begründung des Berichterstatters, Herrn Dr. von Merkatz, gehe jedoch hervor, daß an eine Aufnahme der Zusammenarbeit im Rahmen der Sechs gedacht sei<sup>14</sup>. Die Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Dezember 1961 beziehe sich auf den damaligen Stand der Verhandlungen in der Fouchet-Kommission<sup>15</sup> und behandle in erster Linie die Beteiligung des Europäischen Parlaments.

### Verhältnis der politischen Zusammenarbeit zur atlantischen Allianz

[M. Lucet:] Das Verhältnis der in den deutschen Vorschlägen angestrebten europäischen politischen Zusammenarbeit zur atlantischen Allianz ginge nicht klar aus dem deutschen Memorandum hervor. In der Vorbemerkung sei vermerkt, daß die Verbundenheit zwischen dem sich einigenden freien Europa und Nordamerika sich in einer Stärkung des atlantischen Bündnisses ausdrücken müsse, während in Teil I unter § 6 vorgesehen sei, daß die europäische Zusammenarbeit der Stärkung des atlantischen Bündnisses dienen solle.<sup>16</sup>

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* erwidert, daß wir davon ausgegangen seien, in den zu erarbeitenden Text des Übereinkommens den Wortlaut zu überneh-

<sup>10</sup> Zu den Vorschlägen des belgischen Außenministers für eine Intensivierung der europäischen politischen Zusammenarbeit vgl. Dok. 197, Dok. 198 und Dok. 244, besonders Anm. 17.

<sup>11</sup> Zur Empfehlung vom 23. Juni 1964 vgl. Dok. 187, Anm. 12.

<sup>12</sup> In der Entschließung legte das Parlament Grundsätze für einen Vertrag zur Bildung einer europäischen politischen Union vor. Für den Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1962, D 40–42.

<sup>13</sup> In der Empfehlung vom 23. Juni 1964 wurde die Ernennung eines Generalsekretärs der befürworteten politischen Union angeregt, „dem von den Mitgliedstaaten zu diesem Zweck abgestellte Beamte und ein aus wenigen hochqualifizierten, persönlich möglichst unabhängigen Mitgliedern bestehender Rat der Weisen zur Seite stehen“. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 493 f.

<sup>14</sup> Der CDU-Abgeordnete von Merkatz erklärte am 22. Juni 1964 vor der WEU-Versammlung in Rom: „I did not conceal in my report that I look upon the Six as forming the nucleus of Europe ... My proposals must therefore be directed primarily to the Six, without this having any implications as to the timing and nature of Britain's participation in the negotiations.“ Vgl. ASSEMBLY OF WESTERN EUROPEAN UNION. PROCEEDINGS. TENTH ORDINARY SESSION, Bd. 2, Rom 1964, S. 53. Vgl. dazu auch BULLETIN 1964, S. 1127.

<sup>15</sup> Zu den Erörterungen im Fouchet-Ausschuß vgl. Dok. 193, Anm. 3.

<sup>16</sup> Für den Wortlaut vgl. BULLETIN 1964, S. 1535 f.

men, der vor Unterbrechung der Verhandlungen über die Europäische Politische Union zwischen der französischen, italienischen und deutschen Regierung vereinbart worden sei.<sup>17</sup>

Beratender Ausschuß

[M. Lucet:] Bedenken bestünden auf französischer Seite weiterhin gegen den vorgeschlagenen beratenden Ausschuß.<sup>18</sup> Zwar seien die Funktionen des Ausschusses gegenüber den Anregungen von Außenminister Spaak begrenzt worden; dennoch sei der Wert dieses Organes nicht ersichtlich. Entweder handele es sich um Beamte, die in diesem Fall weisungsgebunden seien und deshalb nicht mit den Außenministern einen Dialog führen könnten, oder aber um Persönlichkeiten entsprechend den Mitgliedern der EWG-Kommission, was in den Augen der französischen Regierung dem Ausschuß einen zu starken gemeinschaftlichen Charakter gäbe. Man würde es in Paris vorziehen, wenn auf die Ernennung der Mitglieder dieses Ausschusses im gegenseitigen Einvernehmen verzichtet werden könne.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* weist darauf hin, daß der beratende Ausschuß im Rahmen von Richtlinien der Außenminister tätig werden würde. Es sei jedoch unerlässlich, für die Ausarbeitung des Vertrages und für die laufenden Konsultationen ein Organ zu schaffen, das den Regierungen vom Gesichtspunkt des übergeordneten gemeinsamen Interesses Vorschläge vorlegen könnte. Vielleicht könnte dadurch manche sonst unlösbare Meinungsverschiedenheit überwunden werden. Nationale Regierungen bedienten sich ebenso wie internationale Organisationen gern des Mittels, unabhängige Persönlichkeiten mit der Ausarbeitung von Stellungnahmen zu beauftragen. In ähnlicher Weise seien wir überzeugt, daß der beratende Ausschuß nützliche Arbeit leisten könnte. Im übrigen müsse bedacht werden, daß die Zustimmung der europäischen Kreise innerhalb der sechs Gemeinschaftsstaaten ebenso wie einiger Regierungen nur dann erwirkt werden könne, wenn ein mit einem eigenen Vorschlagsrecht ausgerüstetes Organ vorgesehen werde. Die kürzlichen Entschlüsse des internationalen Exekutivrates der europäischen Bewegung und des Deutschen Rates<sup>19</sup> hätten erneut gezeigt, daß die Zustimmung

<sup>17</sup> Nachdem über die französischen Vertragsentwürfe im Fouchet-Ausschuß keine Einigung hatte erzielt werden können, gelang es in Gesprächen des Bundeskanzlers Adenauer und des Ministerpräsidenten Fanfani mit Staatspräsident de Gaulle am 15. Februar 1962 in Baden-Baden bzw. am 4. April 1962 in Turin, Kompromisse in wesentlichen Streitfragen zu erzielen. Dazu gehörte folgende für die Präambel vorgesehene Erklärung der präsumtiven Vertragspartner: „in dem Bewußtsein, daß ihre Sicherheit auch durch ein gemeinsames, zur Stärkung des atlantischen Bündnisses beitragendes Vorgehen im Bereich der Verteidigung gewahrt werden muß“. Vgl. die Aufzeichnung der „Arbeitsgruppe Europäische politische Zusammenarbeit“ vom 10. September 1964; Ministerbüro, VS-Bd. 8426; B 150, Aktenkopien 1964. Vgl. dazu auch ADENAUER, Erinnerungen IV, S. 141–150 und S. 158.

Zum Scheitern der Verhandlungen über eine europäische politische Union im April 1962 vgl. Dok. 7, Anm. 10.

<sup>18</sup> Vgl. dazu Dok. 297, Anm. 12.

<sup>19</sup> Das internationale Exekutivbüro und der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung verabschiedeten anlässlich der Tagung vom 6. bis 8. November 1964 in Berlin Entschlüsse, in denen die Fortsetzung der Bemühungen um eine europäische politische Union gefordert wurde. Ferner wurde die Europa-Initiative der Bundesregierung vom 4. November 1964 begrüßt und der darin

dieser Kreise von der Errichtung dieses Organs und seiner Beteiligung sowohl an der Vertragsausarbeitung als auch an den Konsultationen abhinge. In der Ernennung der Mitglieder des Ausschusses im gegenseitigen Einvernehmen läge die Gewähr dafür, daß sie in ihrer Arbeit das allgemeine Interesse im Auge behielten.

#### Beteiligung weiterer europäischer Staaten

[M. Lucet:] Die in den deutschen Vorschlägen niedergelegte grundsätzliche Einverständniserklärung der Mitgliedstaaten mit einer Beteiligung weiterer europäischer Staaten und die Verpflichtung, die Voraussetzungen hierfür in dem auszuarbeitenden Vertragsentwurf festzulegen, gingen über die diesbezüglichen Bestimmungen in den Verhandlungspapieren der Fouchet-Kommission<sup>20</sup> hinaus. Auf französischer Seite begrüße man die von der Bundesregierung vorgeschlagene Beschränkung der Verhandlungspartner auf die sechs EWG-Staaten bei einer Wiederaufnahme der Verhandlungen und würde es vorziehen, wenn über die Erweiterung dieses Kreises zunächst keine festen Absprachen getroffen werden müßten.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* weist darauf hin, daß Abmachungen über die europäische politische Zusammenarbeit in jedem Fall mindestens eine Klausel über den offenen Charakter enthalten müßten, wie es in den Gemeinschaftsverträgen der Fall sei.<sup>21</sup> Die von deutscher Seite gewählte Formulierung solle sicherstellen, daß im Laufe der Vertragsausarbeitung zwischen den sechs Verhandlungspartnern die Bedingungen im einzelnen festgelegt würden, die ein neu hinzukommender Staat erfüllen müsse. Dazu gehöre etwa der vorherige Beitritt zu den Europäischen Gemeinschaften im Sinne der gewünschten Identität zwischen den an der Verschmelzung der Volkswirtschaften und der Harmonisierung der Außen-, Verteidigungs- und Kulturpolitik beteiligten Staaten.

#### Einschluß der Verteidigungspolitik

[M. Lucet:] Auf französischer Seite lege man Wert darauf, daß in die politische Zusammenarbeit sowohl die Bereiche der Außenpolitik wie der Verteidigungspolitik und der Kulturpolitik einbezogen würden. Man habe es begrüßt, daß die deutschen Vorschläge hier eindeutig seien.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* weist darauf hin, daß in die deutschen Vorschläge selbstverständlich die gleichen Bereiche einbezogen seien wie in allen Verhandlungspapieren der Fouchet-Kommission.

#### Fortsetzung Fußnote von Seite 1348

enthaltene Vorschlag eines unabhängigen beratenden Ausschusses hervorgehoben. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 10. November 1964; Referat I A 1, Bd. 505.

<sup>20</sup> In den vom Fouchet-Ausschuß 1961/62 diskutierten Vorschlägen wurde die Bereitschaft ausgedrückt, „andere Länder Europas, die gewillt sind, in allen Bereichen die gleichen Verantwortungen zu übernehmen“, und die den bestehenden Gemeinschaften EGKS, EWG und EURATOM beitreten, in die Union aufzunehmen. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1964, D 467.

<sup>21</sup> In Artikel 98 des EGKS-Vertrags vom 18. April 1951 sowie in Artikel 237 des EWG-Vertrags und Artikel 205 des EURATOM-Vertrags vom 25. März 1957 wurde bestimmt, daß „jeder europäische Staat“ den Beitritt zu der jeweiligen Gemeinschaft beantragen könne. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1952, Teil II, S. 475, und BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 898 bzw. S. 1120.

Auf eine Frage von Ministerialdirektor Dr. Jansen nach dem Ablauf des Besuchs von Außenminister Spaak bei General de Gaulle<sup>22</sup> antwortet Herr *Lucet*, der Besuch habe zu einer allgemeinen Annäherung der Standpunkte geführt. Außenminister Spaak habe seine Anregungen erläutert und auch auf den von ihm vorgesehenen unabhängigen Ausschuß hingewiesen, an dem er weiterhin festhielte; es habe sich dabei aber ergeben, daß Spaak eine Lösung der konkreten gegenwärtigen Streitfragen innerhalb der Gemeinschaften und im atlantischen Bereich für unerlässlich hält, ehe die europäische politische Zusammenarbeit aufgenommen werden könnte.

Auf eine weitere Frage von Ministerialdirektor Dr. Jansen nach dem Gespräch, zu dem General de Gaulle Herrn Monnet empfangen habe<sup>23</sup>, antwortet *Lucet*, daß dieser Besuch nicht im Zusammenhang mit aktuellen Problemen gestanden habe.

Zu dem wirtschaftspolitischen Teil der deutschen Vorschläge sagt Herr *Lucet* lediglich, man habe auf französischer Seite das Fehlen von Erklärungen über die Angleichung des Agrarpreises<sup>24</sup> bedauert.

Ministerialdirektor Dr. Jansen erklärt, daß zur Zeit innerhalb der Bundesregierung intensive Beratungen über diese Frage stattfinden.<sup>25</sup>

2) Meinungsaustausch über die Einführung der deutschen und italienischen Sprache als Arbeitssprache im Europarat

Ministerialdirektor Dr. Jansen erläutert den Wert, der auf deutscher Seite – sowohl bei der Bundesregierung wie im Bundestag – dieser Frage beigemessen wird. Die Beschränkung der Sprachenregelung im Europarat erschwere die deutsche Teilnahme außerordentlich. Bewußt sei davon abgesehen worden, eine Anerkennung der deutschen Sprache als offizielle Sprache zu erreichen, was eine Änderung des Statuts mit nachfolgender Ratifizierung in allen Parlamenten erforderlich gemacht hätte.<sup>26</sup> Um so mehr müsse die Bundesregierung auf die Unterstützung ihrer Freunde bei dem bescheideneren Antrag rechnen, Deutsch als Arbeitssprache anzuerkennen. Da frühere Versuche in dieser Richtung an dem italienischen Veto gescheitert seien<sup>27</sup>, sei nunmehr beabsichtigt, Italienisch neben dem Deutschen einzuführen und eine italieni-

<sup>22</sup> Zu den Gesprächen vom 29. Oktober 1964 vgl. 307, Anm. 37.

<sup>23</sup> Das Gespräch fand am 11. November 1964 im Elysée-Palast statt. Vgl. dazu LE MONDE, Nr. 6168 vom 13. November 1964, S. 1.

<sup>24</sup> Zum entsprechenden Passus in dem die wirtschaftlichen Fragen betreffenden zweiten Teil der Europa-Initiative der Bundesregierung vgl. Dok. 311, Anm. 7.

<sup>25</sup> Zu den Überlegungen der Bundesregierung hinsichtlich einer Angleichung der Getreidepreise in der EWG vgl. zuletzt Dok. 338. Vgl. dazu weiter Dok. 347.

<sup>26</sup> Amtssprachen des Europarats waren gemäß Artikel 12 der Satzung vom 5. Mai 1949 Französisch und Englisch. Satzungsänderungen waren nach Artikel 41 in einem Änderungsprotokoll festzuhalten, das vor Inkrafttreten der Ratifizierung durch zwei Drittel der Mitglieder bedurfte. Vgl. dazu BUNDESGESETZBLATT 1950, S. 265 bzw. S. 272.

<sup>27</sup> Am 29. September 1960 verabschiedete die Beratende Versammlung des Europarats eine Entschließung, mit der Deutsch zu einer der Arbeitssprachen erhoben werden sollte, sobald im Ausschuß der Ministerbeauftragten die erforderlichen Voraussetzungen geschaffen wären. Die von Oktober 1960 bis März 1961 durchgeführten Beratungen blieben jedoch wegen italienischer Einwände ohne Ergebnis; von einer Befassung des Ministerrats mußte daher gleichfalls abgesehen werden. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Jansen vom 14. August 1964; Referat I A 1, Bd. 458.

sche Unterstützung zu erwirken.<sup>28</sup> Ein Erfolg könne erreicht werden, falls die vier Staaten, die den größten Anteil des Budgets des Europarates bereitstellten – Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland –, in dieser Angelegenheit übereinstimmten. Besonders bedeutungsvoll sei uns in dieser Frage die französische Hilfe.

M. Lucet weist darauf hin, daß Frankreich die Bundesregierung bereits unterstützt habe, als es darum gegangen sei, Deutsch in der Europäischen Gemeindegemeinschaft als Arbeitssprache einzuführen.<sup>29</sup> Der damalige Vorstoß sei ebenfalls an dem italienischen Veto gescheitert. Der jetzige deutsche Vorschlag erscheine durch die Einbeziehung der italienischen Sprache aussichtsreicher. Er sagt zu, daß er sich für eine Unterstützung dieses Vorschlages durch das französische Außenministerium einsetzen werde; eine derartige Unterstützung sei wahrscheinlich, angesichts der Tatsache, daß ein ähnlicher deutscher Wunsch vor einiger Zeit bereits im Ministerausschuß des Europarates von französischer Seite unterstützt worden sei.<sup>30</sup>

## II. Ost-West-Themen

### 1) Die Ost-West-Situation und das sino-sowjetische Verhältnis nach dem Sturz Chruschtschows<sup>31</sup>

Vortragender Legationsrat I. Klasse *Dr. Luedde-Neurath* erklärt, daß auf sowjetischer Seite keine Anzeichen erkennbar seien, die deutsche Frage ernstlich zu diskutieren. Offenbar sei man an einer solchen Diskussion auch nicht im Zusammenhang mit der Frage der europäischen Sicherheit interessiert. Die Sowjets wünschten offensichtlich zur Zeit auch nicht, über Berlin zu sprechen. Die Grundlage der sowjetischen Politik habe durch den Sturz Chruschtschows augenscheinlich keine Änderung erfahren. Mit Aufmerksamkeit beobachteten wir die Annäherungsversuche der Sowjets an Frankreich.<sup>32</sup>

<sup>28</sup> Am 2. September 1964 beauftragte Ministerialdirigent Voigt die Botschaft in Rom, „im italienischen Außenministerium ein gemeinsames deutsch-italienisches Vorgehen zur Einführung beider Sprachen als Arbeitssprachen im Europarat vorzuschlagen“. Vgl. Referat I A 1, Bd. 458. Zur italienischen Reaktion vgl. weiter Dok. 375, Anm. 30.

<sup>29</sup> Nach Artikel 22 und 23 der Geschäftsordnung der Europäischen Kommunalkonferenz sollten Deutsch, Italienisch, Niederländisch und eine skandinavische Sprache neben Englisch und Französisch als Arbeitssprachen zugelassen werden, wobei der Europarat die Kosten der Übersetzungen tragen sollte. Diese Regelung scheiterte in der Sitzung des Ausschusses der Ministerbeauftragten vom 1. bis 5. April 1963 in Straßburg am Widerstand Frankreichs, Großbritanniens, Dänemarks, der Niederlande und der Türkei. Nach mehrfachen Konsultationen mit der französischen Regierung sagte der Abteilungsleiter im französischen Außenministerium, Lucet, Ministerialdirektor Jansen am 11. September 1963 eine entsprechende Unterstützung zu. Vgl. dazu die Aufzeichnungen des Referats I A 1 vom 10. bzw. 11. September 1963; Referat I A 1, Bd. 420.

<sup>30</sup> In der Sitzung des Ausschusses der Ministerbeauftragten beim Europarat vom 9. bis 17. März 1964 in Straßburg wurde einstimmig beschlossen, für die bevorstehende fünfte Tagung der Europäischen Kommunalkonferenz eine Sprachübertragung unter Kostenbeteiligung des Europarates zuzulassen. Dazu berichtete Gesandter Prill, Straßburg (Europarat), am 17. März 1964: „Letzten Endes ist der Erfolg meines Erachtens jedoch darauf zurückzuführen, daß es auf diplomatischem Wege gelang, Frankreich aus der Front der Nein-Sager herauszubrechen. Die Schwenkung Frankreichs hat die Niederländer mit veranlaßt, ihren ursprünglich völlig negativen Standpunkt zu überprüfen.“ Vgl. Referat I A 1, Bd. 462.

<sup>31</sup> Zum Führungswechsel in der UdSSR am 14./15. Oktober 1964 vgl. Dok. 286, besonders Anm. 5. Zu den Rückwirkungen auf die sowjetisch-chinesischen Beziehungen vgl. Dok. 317.

<sup>32</sup> Zu den französisch-sowjetischen Beziehungen vgl. auch Dok. 342.

Im Verhältnis zu Großbritannien hielte sich die Sowjetunion noch zurück; mit Bedauern sei in Moskau allerdings vermerkt worden, daß die Labour-Regierung sich nicht negativer zu dem MLF-Projekt gestellt habe.<sup>33</sup> Gegenüber China sei die Stellung der neuen sowjetischen Regierung sicher schwächer. Falls sie zur Aufnahme von Verhandlungen gezwungen würde, so sei ihre Ausgangsbasis zur Zeit außerordentlich schlecht. Sie werde deshalb versuchen, Zeit zu gewinnen. Die Forderungen Chinas in derartigen Verhandlungen dürften die folgenden sein: Verzicht auf Ausgleich mit den USA, Verzicht auf weitere militärische Unterstützung Indiens, erneute Verurteilung des Revisionismus und wahrscheinlich auch des Konzepts der friedlichen Koexistenz. Da die Sowjets in allen diesen Fragen ihre Position bereits abgesteckt und diese Forderungen abgelehnt hätten<sup>34</sup>, dürften sie voraussichtlich ungern auf Verhandlungen mit China eingehen. Die Sowjets würden sich wahrscheinlich bemühen, ihre Beziehungen zu China korrekter zu gestalten, aber keine ihrer Positionen aufgeben.

Herr *Lucet* hält die wahren Gründe für den Sturz Chruschtschows immer noch für undurchschaubar. Ebenso sei noch unklar, wer sein wirklicher Nachfolger werde. Chruschtschow habe in sich zwei widersprüchliche Tendenzen vereinigt. Er habe einerseits die innersowjetischen Verhältnisse zu liberalisieren versucht, andererseits habe er in seiner Außenpolitik, wie etwa in Berlin, zu einem ultimativen und aggressiven Vorgehen Zuflucht genommen. Die in Chruschtschows Politik liegenden Widersprüche würden nunmehr auch die Erben belasten. Sie hätten im innenpolitischen Bereich die den Bauern zur eigenen Bearbeitung überlassene Landfläche vergrößert<sup>35</sup> und eine Reihe von Strafmaßnahmen, so z. B. gegenüber dem Kreis um Pasternak, aufgehoben.<sup>36</sup> Gleichzeitig hätten sie auf anderen Gebieten eine härtere Haltung vertreten. Ähnliches sei in der Außenpolitik zu verzeichnen. Positiven Erklärungen über die Fortführung der Entspannungspolitik ständen drohende Äußerungen und in der Deutschlandpolitik Rückfälle in die frühere Orthodoxie gegenüber. So habe z. B. Breschnew erneut die Anerkennung der Realitäten in Deutschland gefordert.<sup>37</sup> Die Haltung der neuen sowjetischen Regierung gegenüber der

<sup>33</sup> Zur britischen Haltung gegenüber der geplanten MLF vgl. zuletzt Dok. 334.

<sup>34</sup> In einer Ansprache zum Jahrestag der Oktoberrevolution legte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. November 1964 die außenpolitischen Grundlinien der neuen sowjetischen Führung dar und bekräftigte u. a. die „Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz“, die Bereitschaft zur Entwicklung der Beziehungen mit den USA und die „Freundschaft mit Indien“ und anderen Nachbarstaaten. Vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 308 vom 7. November 1964, S. 5.

<sup>35</sup> Dazu erklärte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU, Breschnew, am 6. November 1964: „Es wäre falsch, auch die Möglichkeiten der privaten Nebenwirtschaft der Kolchosbauern, Arbeiter und Angestellten für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse geringzuschätzen. In den letzten Jahren wurden in dieser Hinsicht unbegründete Beschränkungen eingeführt, obwohl die ökonomischen Voraussetzungen für einen solchen Schritt noch nicht herangereift sind. Diese Beschränkungen wurden jetzt aufgehoben.“ Vgl. NEUES DEUTSCHLAND, Nr. 308 vom 7. November 1964, S. 5.

<sup>36</sup> Am 2. November 1964 wurde die Lebensgefährtin des russischen Dichters Pasternak, Olga Iwinskaja, aus der Haft entlassen. Vgl. dazu LE MONDE, Nr. 6159 vom 3. November 1964, S. 3.

<sup>37</sup> Zur Deutschland-Frage erklärte der Erste Sekretär des ZK der KPdSU am 6. November 1964: „Will man die europäische Sicherheit gewährleisten, so muß man vor allem die revanchistischen Doktrinen und Konzeptionen über Bord werfen, die Lage, wie sie sich im Herzen Europas herausgebildet hat, anerkennen und von der für jedermann augenfälligen Tatsache ausgehen, daß zwei deutsche Staaten bestehen: die Deutsche Demokratische Republik und die Bundesrepublik

dritten Welt werde sich am klarsten an ihrer Politik gegenüber Ägypten und Indien ablesen lassen. Erste Schwierigkeiten hätten sich in den Beziehungen zu den kommunistischen Parteien in Europa eingestellt. Während die Regimes in Ost- und Mitteleuropa über die zukünftige Orientierung Moskaus in Zweifel seien, hätten die französischen Kommunisten eine sehr reservierte Haltung eingenommen und die italienischen Kommunisten die kürzlichen Vorgänge in Moskau und ihre amtliche Interpretation offen abgelehnt. Gerüchte wollten wissen, daß die sowjetische KP dem Testament Togliattis<sup>38</sup> öffentlich widersprechen wolle, woraus sich ebenfalls eine Rückkehr zur Orthodoxie andeute. Im französischen Außenministerium sei mit Aufmerksamkeit der Unterschied zwischen einem Leitartikel der *Prawda* vom 1. November und einem früheren Artikel von Mitte September registriert worden.<sup>39</sup> In dem neuen Artikel werde die Möglichkeit der Koexistenz verschiedenartiger ideologischer Richtungen nicht mehr offen verurteilt, der sowjetischen Partei werde eine koordinierende und nicht so entscheidende Funktion zugeschrieben. In all diesen Punkten zeige das Bild bisher noch eine völlige Widersprüchlichkeit. China befinde sich da in einer besseren Position, auch dort sei allerdings eine abwartende Haltung gegenüber Moskau festzustellen. Rückschauend sei festzustellen, daß Chruschtschow bei seinem Wunsch, nach Deutschland zu reisen<sup>40</sup>, sicher davon ausgegangen sei, daß er eine Anerkennung des Status quo erreichen wollte. Abschließend stellt Herr Lucet fest, die beiden Außenministerien müßten in der Überwachung der Vorgänge in der Sowjetunion und dem kommunistischen Block weiterhin eng zusammenarbeiten.

Ministerialdirektor *Dr. Jansen* teilt mit, daß die Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten von deutscher Seite erneuert worden sei<sup>41</sup>, ohne daß allerdings über Einzelheiten gesprochen worden sei.

## 2) Unterrichtung über die deutsch-tschechischen Gespräche<sup>42</sup>

Vortragender Legationsrat I. Klasse *Luedde-Neurath* führt aus, daß bei diesen Gesprächen ein besonderes Problem die Einfügung der Berlin-Klausel in das Abkommen darstelle. Auf tschechischer Seite sei man bestrebt, der Erörterung dieses Problems auszuweichen. Seit dem Sturz Chruschtschows sei auf tschechischer Seite sogar eine größere Reserve zu verspüren. Wir hätten unsererseits klargemacht, daß der von den Tschechen gewünschte Abschluß eines

*Fortsetzung Fußnote von Seite 1352*

Deutschland. Es gibt keine andere Grundlage für die Gewährleistung des europäischen Friedens und kann sie auch gar nicht geben." Vgl. *NEUES DEUTSCHLAND*, Nr. 308 vom 7. November 1964, S. 5.

<sup>38</sup> Am 4. September 1964 wurde in der italienischen Zeitschrift „*Rinascita*“ eine Aufzeichnung des am 21. August 1964 verstorbenen Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Italiens veröffentlicht. Darin wandte sich Togliatti gegen die ideologischen Auseinandersetzungen mit der Volksrepublik China, sprach sich für die Tolerierung verschiedener sozialistischer Anschauungen und für eine realistischere Selbstdarstellung der kommunistischen Staaten aus. Für den Wortlaut vgl. *OST-PROBLEME* 1964, Heft 23, S. 650–666.

<sup>39</sup> Vgl. die Artikel „*Velikoe znamja kommunistov*“ bzw. „*Velikoe znamja stroitelej kommunizma*“, *PRAWDA*, Nr. 255 vom 11. September 1964, S. 1, bzw. Nr. 306 vom 1. November 1964, S. 2–4.

<sup>40</sup> Zum geplanten Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten in der Bundesrepublik vgl. zuletzt Dok. 259.

<sup>41</sup> Zur Frage einer Einladung des Ministerpräsidenten Kossygin vgl. Dok. 310.

<sup>42</sup> Vgl. dazu zuletzt Dok. 256.

neuen Warenabkommens von der Einrichtung der Handelsvertretung abhängt, die wir nur mit einer Berlin-Klausel einrichten würden.<sup>43</sup>

Herr *Lucet* teilt mit, daß der tschechische Außenminister David auf dem Wege zu den Vereinten Nationen Paris besuchen würde.<sup>44</sup> Die Vorgänge in der Tschechei seien nach französischer Ansicht undurchsichtig. Obwohl Novotny wiedergewählt worden sei<sup>45</sup>, sei nicht klar erkennbar, welche Politik die tschechische Regierung zu verfolgen gedenke. Der Botschafter in Paris<sup>46</sup> äußere sich zur Zeit weit weniger offen als früher. Er habe bei einem kürzlichen Gespräch über den Stand der deutsch-tschechischen Verhandlungen Ähnliches geäußert wie Herr Luedde-Neurath; dabei seien allerdings von ihm sehr prononcierte antideutsche Äußerungen getan worden. Eine ähnliche Unsicherheit sei in allen ost- und mitteleuropäischen Staaten bemerkbar. Rumänien gehe allerdings unbeirrt seinen Kurs weiter.

Vortragender Legationsrat I. Klasse *Luedde-Neurath* weist darauf hin, daß die Tschechen sich eine 30%ige Handelssteigerung ausrechneten, ein Umstand, der von deutscher Seite als Lockmittel benutzt werde. Ursprünglich sei auf deutscher Seite die tschechische Zurückhaltung mit dem Sturz Chruschtschows erklärt worden. Allerdings sei auch seit dem Monat März im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die MLF<sup>47</sup> und den Äußerungen in Deutschland über das Sudetengebiet<sup>48</sup> erkennbar geworden, daß in Prag eine gewisse Tendenz bestehe, die Zusage einer Berlinklausel gegen eine Ungültigkeitserklärung des Münchener Abkommens von 1938<sup>49</sup> einzutauschen.

<sup>43</sup> Mit Drahtbericht vom 21. Oktober 1964 gab Botschafter Schlitter, z. Z. Genf, eine Mitteilung des Leiters der tschechoslowakischen Delegation im Handelsausschuß der Economic Commission for Europe (ECE) wieder. Babaček erklärte, „daß man schon längere Zeit über Verhandlungen gesprochen habe. Die tschechische Seite ließe sich jedoch nicht in einer ultimativen Form in Verhandlungen drängen, die die Berlin-Klausel zur Voraussetzung hätten. Auch sonst habe sich die Atmosphäre in der letzten Zeit nicht günstig entwickelt, so daß im Augenblick die Voraussetzungen für die Aufnahme von Verhandlungen aus tschechischer Sicht nicht gegeben seien.“ Daraufhin bat Vortragender Legationsrat I. Klasse Luedde-Neurath am 22. Oktober 1964 die Vertretung bei den internationalen Organisationen in Genf, dem Vorwurf eines ultimativen Vorgehens entgegenzutreten, Babaček jedoch das Verständnis der Bundesregierung zu übermitteln und zu erklären, sie sei „jederzeit bereit, erneut über die Ingangsetzung der Verhandlungen zu sprechen“. Für den Drahtbericht von Schlitter und den Drahterlaß von Luedde-Neurath vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 232; B 150, Aktenkopien 1964.

Am 21. November 1964 hielt Luedde-Neurath fest, der Leiter des tschechoslowakischen Außenhandelsbüros in Frankfurt, Urban, habe Bereitschaft zur Aufnahme der Verhandlungen „ab Anfang Dezember“ geäußert. Vgl. Abteilung II (II 5), VS-Bd. 265; B 150, Aktenkopien 1964.

Vgl. dazu weiter Dok. 377, Anm. 4.

<sup>44</sup> Der tschechoslowakische Außenminister hielt sich vom 25. bis 28. November 1964 in Paris auf, ehe er zur Eröffnung der 19. UNO-Generalversammlung am 1. Dezember 1964 nach New York reiste. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 253 f.

<sup>45</sup> Am 12. November 1964 wurde der tschechoslowakische Präsident durch die Nationalversammlung in Prag für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 247.

<sup>46</sup> Vaclav Pleskot.

<sup>47</sup> Zum Stand der MLF-Verhandlungen im Frühjahr 1964 vgl. Dok. 104.

<sup>48</sup> Zur Erklärung des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bundesminister Seeböhm, vom 17. Mai 1964 vgl. Dok. 140, Anm. 20.

<sup>49</sup> Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675. Zur Frage der Gültigkeit des Abkommens vgl. auch Dok. 147.

Allerdings sei nie etwas Derartiges offiziell in den Vorbesprechungen erwähnt worden. Auf deutscher Seite ginge man daher weiter davon aus, als sei nur der erste Grund der Absetzung Chruschtschows für ihre Zurückhaltung maßgebend.

M. d'Aumale fragt, ob die Studie über die Folgen des Münchener Abkommens, die sich seit einiger Zeit in Ausarbeitung befindet, schon abgeschlossen sei. Der französischen Seite sei eine sofortige Übermittlung versprochen worden.<sup>50</sup>

Vortragender Legationsrat I. Klasse *Luedde-Neurath* erwidert, die Studie läge noch nicht vor, mit dem baldigen Abschluß sei jedoch zu rechnen.<sup>51</sup>

M. *Lucet* sagt abschließend zu, die deutsche Seite über französisch-tschechische Gespräche zu unterrichten; hinsichtlich des Besuchs von David in Paris werde diese Unterrichtung möglichst noch am gleichen Tage erfolgen.<sup>52</sup>

### III. Deutsch-französische Themen

Zuwendung beider Regierungen an die Gesellschaft für übernationale Zusammenarbeit in Köln und das Bureau International de Liaison et de Documentation, Paris.<sup>53</sup> Es wird vereinbart, daß die Stellungnahme der französischen Regierung auf die Bitte der deutschen Regierung, ihre jährliche Zuwendung an diese Institution zu erhöhen, dem Auswärtigen Amt durch die Botschaft in Bonn zugeleitet wird.

#### Abteilung I (I A 1), VS-Bd. 16

<sup>50</sup> Am 18. September 1964 berichtete Botschafter *Klaiber*, Paris, die französische Seite dränge auf eine Erläuterung der deutsch-tschechoslowakischen Differenzen über das Münchener Abkommen vom 29. September 1938. Darauf teilte Staatssekretär *Carstens* am 21. September 1964 mit, die sich aus dem Abkommen ergebenden Rechtsfragen würden derzeit einer Prüfung unterzogen, deren Ergebnis baldmöglichst übermittelt werde. Vgl. Referat V 1, Bd. 771.

<sup>51</sup> Das Rechtsgutachten wurde erst im August des Jahres 1965 fertiggestellt. Vgl. dazu Referat V 1, Bd. 1016.

<sup>52</sup> Am 27. November 1964 gab Botschafter *Klaiber*, Paris, Informationen des Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, *Lucet*, über die Gespräche des Außenministers *Couve de Murville* mit dem jugoslawischen und dem tschechoslowakischen Amtskollegen am 25. bzw. 26. November 1964 weiter. Bei der Erörterung der Deutschland-Frage, so *Lucet*, seien beide der sowjetischen Linie gefolgt. Demgegenüber habe *Couve de Murville* erklärt, daß sich das Problem durch einen Rückzug der UdSSR „sofort von selbst regeln“ würde. *David* habe er versichert, „daß der Bundeskanzler und der Außenminister eindeutige Erklärungen abgegeben hätten, es lägen im Verhältnis der Bundesrepublik zur Tschechoslowakei keine Gebietsforderungen vor. Dem habe der tschechoslowakische Außenminister allerdings das Stichwort ‚Seeböhm‘ entgegeng gehalten.“ Vgl. Abteilung I (I A 3), VS-Bd. 42; B 150, Aktenkopien 1964.

Vgl. dazu auch die Aufzeichnung des Staatssekretärs *Carstens* vom 30. November 1964 über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter *de Margerie*; Büro Staatssekretär, VS-Bd. 430; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>53</sup> Dazu hielt Legationsrat I. Klasse *Lang* am 16. November 1964 fest: „Diese Angelegenheit ist von deutscher Seite am 23. Oktober 1963, am 18. März 1964 und am 30. Juli 1964 vorgebracht worden. Die französische Seite ist jedesmal gebeten worden, der Gesellschaft eine jährliche Zuwendung in Höhe des deutschen Beitrages von DM 127 500,- zu machen. Bei der letzten Besprechung am 30. Juli 1964 hat die französische Delegation einen derartigen Beschluß von einer neuen Prüfung der Tätigkeitsgebiete der Gesellschaft und ihrer Finanzierung abhängig gemacht. Sie sollte nunmehr nach dem Ergebnis gefragt werden.“ Vgl. Referat I A 1, Bd. 537.

## Botschafter Federer, Kairo, an Bundesminister Schröder

St.S. 1451/64

Fernschreiben Nr. 1040

Cito

Aufgabe: 17. November 1964, 14.20 Uhr

Ankunft: 17. November 1964, 13.40 Uhr

Für Bundesminister und Staatssekretär<sup>1</sup>  
Im Anschluß an Drahtbericht Nr. 1012 vom 6.<sup>2</sup>

Nach allgemeinem Eindruck befindet sich VAR zur Zeit in einer außerordentlich kritischen Devisenlage. Die Devisenreserven sind nahezu erschöpft. IMF<sup>3</sup> und Kuwait werden wahrscheinlich in absehbarer Zeit kein Geld mehr zur Verfügung stellen. Auch vom Ostblock ist auf diesem Gebiet nichts zu erwarten. Mehr als neue Infrastruktur- oder Warenlieferkredite benötigt die VAR im Augenblick einen Devisen-Kassen-Kredit, ähnlich wie ihn die Deutsche Giro-Zentrale im Jahre 1962 in Höhe von 80 Mio. DM zur Verfügung gestellt hat.<sup>4</sup> Ich möchte hiermit nicht eine finanzielle Katastrophe prophezeien, nehme vielmehr an, daß die hiesige Regierung es verstehen wird, sich irgendwie „durchzuwurschteln“. Trotzdem würde ein Kassenkredit in Höhe von 50 bis 80 Mio. DM heute hier große Erleichterung schaffen und meines Erachtens honoriert werden.

Ich weise auf diese Tatsache hin, weil sie das Instrumentarium unserer politisch-wirtschaftlichen Mittel erweitert. Die bereits vorgesehene neue Kapitalhilfe<sup>5</sup> sollte hiervon freilich unberührt bleiben.

<sup>1</sup> Hat Staatssekretär Carstens am 18. November 1964 vorgelegen, der handschriftlich die Weiterleitung an Staatssekretär Lahr verfügte.

Hat Lahr am 20. November 1964 vorgelegen.

<sup>2</sup> Am 6. November 1964 übermittelte Botschafter Federer, Kairo, eine Stellungnahme zu den Bedingungen und Möglichkeiten der Nahost-Politik nach dem Bekanntwerden der Waffenlieferungen der Bundesrepublik an Israel. Er führte aus: „Ein positiver Aspekt für die arabische Seite liegt in dem Vorschlag, die arabischen Staaten und Israel in angemessener Weise an der deutschen Entwicklungshilfe zu beteiligen. Dies natürlich nur unter der Voraussetzung, daß das im kommenden Jahr auslaufende Israelabkommen nicht in der einen oder anderen – vielleicht verschleierte – Form Fortsetzung findet und ferner, daß der Schlüssel für die Entwicklungshilfe hinsichtlich Israels einerseits und der arabischen Staaten andererseits den Größenverhältnissen der Staaten annähernd entspricht. Verlocken könnte Präsident Nasser vielleicht der Gedanke: Sobald [die] B[un]des[r]epublik ihr Verhältnis zu Israel normalisiert hat, ist sie imstande und bereit zu großzügigen ‚common ventures‘ im Rahmen des hiesigen industriellen Aufbaus.“ Vgl. Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 204; B 150, Aktenkopien 1964.

<sup>3</sup> International Monetary Fund.

<sup>4</sup> Der durch eine Bundesbürgschaft gesicherte Kredit wurde mit einem Zinssatz von 6,875 % und einer Laufzeit von 10 Jahren vergeben. Für den Wortlaut des Darlehensvertrags vom 17. September 1962 vgl. Referat 416, Bd. 281.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Dok. 280, Anm. 4.

Sofern mein Gedanke des Kassenkredits akzeptabel erscheint, müßte Entscheidung allerdings schnell gefällt werden und könnte vielleicht sogar dem Bundestagspräsidenten mitgegeben werden.<sup>6</sup>

[gez.] Federer

Büro Staatssekretär, Bd. 393

346

**Staatssekretär Carstens an Botschafter van Scherpenberg,  
Rom (Vatikan)**

St.S. 2151/64 VS-vertraulich

Aufgabe: 18. November 1964, 13.30 Uhr

Fernschreiben Nr. 72

Citissime

Für Botschafter  
auf FS 109 VS-Vertraulich vom 17.11.1964<sup>1</sup>

- 1) Ich bitte Sie, auch im ausdrücklichen Auftrag der Bundesregierung, im Päpstlichen Staatssekretariat vorstellig zu werden und dringendes deutsches Interesse an der Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes hinsichtlich der Frage der deutschen Ostdiözesen zum Ausdruck zu bringen.
- 2) Wir haben in den letzten Tagen eine Reihe von Gesprächen mit den Vertretern der deutschen Landsmannschaften geführt, die in der Zusage der Bundesregierung ausmündeten, daß die Bundesregierung nicht nur ihren Rechts-

<sup>6</sup> Zum Besuch des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier vom 20. bis 23. November 1964 in der VAR vgl. Dok. 352.

Bei der Begegnung wurden Fragen der Entwicklungshilfe nicht erörtert. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des Botschafters Federer, Kairo, vom 26. November 1964; Abteilung I (I B 4), VS-Bd. 214; B 150, Aktenkopien 1964.

In der Sitzung des Interministeriellen Ausschusses für Entwicklungspolitik am 26. November 1964 setzte sich Ministerialdirigent Pauls für weitere Kapitalhilfe für die VAR ein, fand jedoch nicht die Zustimmung der übrigen Ressorts. Für den Auszug aus dem Sitzungsprotokoll vgl. Referat III B 6, Bd. 433.

<sup>1</sup> Mit Drahtbericht vom 17. November 1964 informierte Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), er habe gegenüber dem Abteilungsleiter im päpstlichen Staatssekretariat, Erzbischof Samore, die Erwartung geäußert, daß die im päpstlichen Jahrbuch bislang stets unverändert publizierte Stellungnahme zu den Diözesangrenzen auch 1965 wiederholt werde. Über die Reaktion führte er aus: „Samore antwortete ausweichend und wies auf außerordentlich starken Druck hin, dem er von allen Seiten ausgesetzt sei; er betonte besonders die schwierige Lage, in der Kardinal Wyszynski sich zur Zeit befinde. Die gewünschte Zusage gab Samore mir nicht, so daß Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen ist, daß Staatssekretariat in einzelnen Punkten bei Neuausgabe des päpstlichen Jahrbuchs uns unerwünschte Formulierungen zu wählen beabsichtigt.“ Vgl. Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420; B 150, Aktenkopien 1964.

Zur jährlichen Verlautbarung des Vatikans und zur Bedeutung für die Diözesangrenzen in den 1945 der polnischen Verwaltung unterstellten Ostgebieten des Deutschen Reiches vgl. Dok. 229, Anm. 7.

standpunkt hinsichtlich des Fortbestehens Deutschlands in seinen Grenzen von 1937 aufrechterhalten, sondern daß sie außerdem für die Wiederherstellung des Rechts aktiv eintreten wird.<sup>2</sup>

Zu Ihrer persönlichen Unterrichtung:

Die Vertriebenenverbände befinden sich unter einem Druck rechtsextremer Gruppen<sup>3</sup>, die vorerst unbedeutend sind, deren Propagandathesen aber frühzeitig und entschieden entgegengetreten werden muß.

3) Ich habe den Eindruck, als wenn die Haltung der polnischen Regierungs- und Parteistellen gegenüber der katholischen Kirche in letzter Zeit eher härter als entgegenkommender geworden ist. Doch überlasse ich es Ihnen, wie<sup>4</sup> Sie dieses Argument dort verwenden wollen.<sup>5</sup>

Carstens<sup>6</sup>

Büro Staatssekretär, VS-Bd. 420

<sup>2</sup> Vgl. dazu Dok. 328.

<sup>3</sup> Vgl. dazu auch Dok. 328, Anm. 2.

<sup>4</sup> Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens handschriftlich eingefügt. Dafür wurde gestrichen: „ob“.

<sup>5</sup> Am 19. November 1964 übermittelte Staatssekretär Carstens Botschafter van Scherpenberg, Rom (Vatikan), zusätzlich folgende Weisung: „Bei der Vorsprache sollte auch darauf hingewiesen werden, daß uns bei der Ernennung des Bischofs von Danzig ausdrücklich zugesichert worden ist, es werde bezüglich des Erzbistums Breslau und der übrigen Diözesen östlich der Oder-Neiße bei dem Grundsatz bleiben, wonach ‚der Apostolische Stuhl keine endgültigen Änderungen bezüglich der Diözesangrenzen vorzunehmen pflegt, solange eventuelle Fragen internationalen Rechts, die jene Gebiete betreffen, nicht mittels Verträgen, die volle Anerkennung erlangt haben, geregelt sind‘ ... Sie werden ferner gebeten, mit Nachdruck um Auskunft über die etwa in Erwägung gezogenen Änderungen im neuen Päpstlichen Jahrbuch zu drängen. Es muß dabei der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß der Vatikan die Bundesregierung von beabsichtigten Änderungen vorher unterrichtet und nicht ein fait accompli schafft, das die deutsche Öffentlichkeit aufs tiefste beunruhigen würde und die Beziehungen zum Vatikan sehr belasten würde.“ Vgl. Abteilung II (II 2), VS-Bd. 224; B 150, Aktenkopien 1964.

Am 30. November 1964 erklärte der Apostolische Nuntius, Monsignore Bafile, gegenüber Ministerialdirektor Jansen, „der Standpunkt des Heiligen Stuhles bezüglich der ostdeutschen Diözesen sei bekannt. Im Vatikan bestehe auch nicht die Absicht, den eingenommen Standpunkt zu ändern.“ Für die Aufzeichnung von Jansen vgl. Abteilung II (II 2), VS-Bd. 224; B 150, Aktenkopien 1964.

Im Päpstlichen Jahrbuch 1965 wurde die bisherige Stellungnahme unverändert wiederholt. Vgl. ANNUARIO PONTIFICIO 1965, S. 75.

<sup>6</sup> Paraphe vom 18. November 1964.